

## **Eigenständigkeit Ungarns oder Satellit des Dritten Reiches? Zum deutsch-ungarischen Verhältnis 1939–1944\***

### **Zur Problemstellung und Forschungslage**

Die „Brockhaus Enzyklopädie“ liefert unter dem Stichwort »Satellitenstaat« folgende Definition: »Satellitenstaat, ein Staat, der völkerrechtlich unabhängig ist, aber sowohl hinsichtlich seiner außenpolitischen Orientierung als auch seiner inneren sozialen und politischen Struktur nach unter dem bestimmenden Einfluss einer überragenden Großmacht steht. Als Satellitenstaaten gelten besonders die während des zweiten Weltkrieges unter dem beherrschenden Einfluss des nationalsozialistischen Deutschlands und nach 1945 die unter dem maßgeblichen sowjetischen Einfluss stehenden Staaten Ostmittel- und Südosteuropas.«<sup>1</sup> Nach dieser Auslegung handelte es sich bei Ungarn um einen Satellitenstaat des nationalsozialistischen Deutschland. John Lukacs bezeichnet die meisten Verbündeten Deutschlands, so auch Ungarn, als »Satelliten« beziehungsweise »Trabanten«.<sup>2</sup> Seiner Meinung nach hatten sich diese Länder 1939-1941 nicht unter Zwang dem Dritten Reich untergeordnet, was sie nachhaltig von den sowjetischen Satellitenstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg unterschied. Als weiteres Unterscheidungsmerkmal formuliert er: »Die Unterordnung unter das Dritte Reich bedeutete keine Säuberung des Staatsapparates, die mit dem vergleichbar gewesen wäre, was die Unterordnung unter die Sowjetunion nach dem Krieg mit sich brachte.«<sup>3</sup> Die oberste Regierungsebene dieser Staaten war mit eher konservativen Regierungsbeamten besetzt, die von einem deutschen Sieg wenig überzeugt waren. Ungarn erhoffte sich jedoch mit Hilfe des Dritten Reiches eine Revision des Friedensvertrages von Trianon (4. Juni 1920). Mit der Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei im März 1939 war man sich im britischen Außenministerium einig, »that Hungary is now definitely within the German orbit and to a large extent a vassal state of Germany«.<sup>4</sup>

Hier setzt in der Forschung die Diskussion ein: Ab wann kann man von einem ungarischen Satellitenstaat sprechen? Ist die aktive Mitwirkung an der Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei bereits ein Beleg dafür, dass sich Ungarn ab März 1939 in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber

---

\* Gekürzte Fassung einer Magisterarbeit an der Universität Regensburg, angefertigt im Fach Geschichte bei Professor Dr. Ekkehard Völkl (1940-2006) im Wintersemester 2005/2006.

<sup>1</sup> *Brockhaus Enzyklopädie* 16 (1973) 482-483.

<sup>2</sup> *Lukacs* 288-289.

<sup>3</sup> *Ebenda*, 289.

<sup>4</sup> *DBFP IV*, 618.

dem Dritten Reich befand? In der marxistischen Geschichtswissenschaft geht man davon aus, dass Ungarn ab 1939, obwohl formal selbstständig, völlig vom Dritten Reich abhängig war.<sup>5</sup> Demgegenüber steht die Auffassung, dass Ungarn erst während des Krieges auf die Stufe eines »faschistischen Hilfswilligen« gesunken sei.<sup>6</sup> Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt ist der Friedensvertrag von Trianon, dessen Revision die ungarische Außenpolitik maßgeblich bestimmte.<sup>7</sup> Weiterhin existiert in der Forschung die Ansicht, dass Ungarn bis 1941 die außenpolitische Unabhängigkeit und bis März 1944 auch die innenpolitische Selbstständigkeit wahren konnte.<sup>8</sup>

Vorliegende Abhandlung untersucht die auswärtigen Beziehungen Ungarns beginnend mit Pál Telekis Regierungsantritt 1939 bis Oktober 1944, der Machtergreifung Ferenc Szálasis und seiner Pfeilkreuzlerbewegung. Dabei stellen sich folgende Fragen: Kann man von einer eigenständigen ungarischen Politik in diesem Zeitraum sprechen? Ab welchem Zeitpunkt endete diese Politik und kann man Ungarn als Satellitenstaat bezeichnen? Welche Rolle spielte der Friedensvertrag von Trianon für die ungarische Außenpolitik und trug dieser dazu bei, der Außenpolitik Ungarns enge Grenzen zu setzen?

Nur Andreas Hillgruber widmete sich in einem Aufsatz zeitlich übergreifend dem deutsch-ungarischen Verhältnis,<sup>9</sup> die deutsch- und englischsprachigen Monographien behandeln einzelne Phasen.<sup>10</sup> Unverzichtbar ist die zweibändige Geschichte Ungarns des englischen Historikers Carlile Aylmer Macartney,<sup>11</sup> der im Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Dokumente sammelte und mit einst maßgeblichen Politikern sprach. Obwohl neue Quellen und Memoiren manche Aussagen Macartneys als überholt erscheinen lassen, ist sein Werk nach wie vor unentbehrlich. Neben diesem Werk wurden veröffentlichte Akten und Tagebücher sowie Monographien und Memoiren von Politikern und Militärs ausgewertet.

### **Die Regierung Teleki – ungarischer Revisionismus zwischen Westmächten und Nationalsozialismus**

*Von der Wiedereingliederung der Karpato-Ukraine bis zum deutschen Polenfeldzug*

Am 16. Februar 1939 ernannte Reichsverweser Miklós Horthy Pál Graf Teleki zum Ministerpräsidenten und Nachfolger von Béla Imrédy, in dessen

---

<sup>5</sup> Door 37.

<sup>6</sup> Wendt 421.

<sup>7</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 7.

<sup>8</sup> Nolte 211.

<sup>9</sup> Hillgruber: Deutschland.

<sup>10</sup> Christof; Czettler: Pál Graf Teleki; *Fenyő; Nebelin*.

<sup>11</sup> *Macartney*.

Kabinetts er das Amt des Kultusministers inne gehabt hatte. Der Regierungswechsel hatte zwar innenpolitische Gründe, wirkte sich aber enorm auf die Außenpolitik aus. Teleki, Professor für Wirtschaftsgeographie und Delegierter bei der Pariser Friedenskonferenz 1919, war ein eher nüchterner, rechtskonservativer, christlicher Politiker und entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, dessen Wesensart er vollständig ablehnte.<sup>12</sup> Von den totalitären Ansätzen und Ideen seiner Epoche distanzierte er sich ebenfalls. Macartney, der mit ihm persönlich befreundet war, charakterisierte ihn folgendermaßen: »In many respects he was the best man whom Hungary could have chosen to guide her through the crisis now so fast approaching.«<sup>13</sup>

In geopolitischen Kategorien denkend, war für Teleki die Wiedereingliederung der Karpato-Ukraine eine wirtschaftsgeographische Frage. Das Quellgebiet und der Oberlauf der Theiß mit seinen noch unerschlossenen Erz- und Mineralvorkommen waren seiner Meinung nach für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Ungarns notwendig.<sup>14</sup> In seiner Regierungserklärung vom 22. Februar 1939 betonte er die Kontinuität der ungarischen Außen- und Innenpolitik und kündigte an, die ungarische Unabhängigkeit in jedem Fall wahren zu wollen, ohne fremde Beispiele nachzuahmen. Damit waren rechtsradikale Gruppierungen in Ungarn gewarnt, während die deutsche Presse auf Telekis Ernennung zurückhaltend reagierte. Großbritannien versicherte er, dass Ungarn seine Unabhängigkeit niemals aufgeben werde, obwohl es gerade gezwungen sei, ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu unterhalten.<sup>15</sup>

Am 23. Februar 1939 ging die Regierung Teleki gegen den Rechtsradikalismus vor: Sie verbot die ungarische nationalsozialistische Partei sowie die Hungaristische Partei. Zeitgleich intensivierte man die Bemühungen zur Rückgliederung der Karpato-Ukraine. Die Staatskrise in der Tschechoslowakei beschleunigte die Ereignisse, die Unruhen in Ruthenien griffen auf die Slowakei über und führten zur Enthebung der slowakischen Tiso-Regierung durch Staatspräsident Hacha. Teleki, der von der deutschen Unterstützung für die separatistische slowakische Bewegung wusste, rief den Ministerrat ein, in dem die Besetzung der Karpato-Ukraine auch ohne deutsche Zustimmung beschlossen wurde.<sup>16</sup> Die deutsche Regierung informierte Budapest erst am 13. März 1939 über ihre Absichten. Der ungarische Gesandte und spätere Ministerpräsident, Döme Sztójay, flog nach Budapest und gab die slowakische Unabhängigkeit sowie das Auseinanderbre-

---

<sup>12</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 18.

<sup>13</sup> Macartney I, 224.

<sup>14</sup> Czettler: Ungarn zwischen Polen und der Achse, 161.

<sup>15</sup> Macartney I, 331.

<sup>16</sup> Hoensch 257-258 ist nicht der Meinung, dass Ungarn ohne deutsches Einverständnis die Karpato-Ukraine besetzt hätte. Czettler: Ungarn zwischen Polen und der Achse, 162, geht unter Berufung auf Macartney I, 334, Anm. 7, davon aus, dass dies geschah.

chen der Tschechoslowakei bekannt. Der deutsche Beauftragte des Reichs-  
außenministers, Altenburg, teilte der ungarischen Regierung mit, dass  
Deutschland gegen einen ungarischen Einmarsch in die Karpato-Ukraine  
nichts einzuwenden habe. Horthy versicherte Hitler, dass er »diesen Be-  
weis der Freundschaft nie vergessen werde und Eure Exzellenz können auf  
meine Dankbarkeit ewig felsenfest rechnen«. <sup>17</sup> Am 15. März 1939 marschie-  
te die ungarische Honvéd-Armee in die Karpato-Ukraine ein, während  
deutsche Truppen Prag besetzten, und Hitler Böhmen und Mähren als Pro-  
tektorat dem Deutschen Reich einverleibte. Die am 16. März 1939 einset-  
zenden militärischen Operationen in der Ostslowakei hatten das Ziel, die  
gemeinsame Grenze mit Polen zu verlängern. Die Besetzung der Karpato-  
Ukraine war am 18. März 1939 abgeschlossen. Das besetzte Gebiet umfasste  
11.085 Quadratkilometer mit 552.124 Einwohnern, von denen sich 70,6  
Prozent zur russischen (ukrainischen und ruthenischen), 12,5 Prozent zur  
magyarischen, 12 Prozent zur deutschen, 2,5 Prozent zur rumänischen, 1,4  
Prozent zur slowakischen und 1 Prozent zu einer anderen Nationalität  
bekannten. In der Ostslowakei einverleibte sich Ungarn ein Gebiet von  
1.697 Quadratkilometer Größe und mit einer Bevölkerung von 69.639  
Menschen, davon 37.786 Ruthenen, 26.981 Slowaken und 4.872 andersna-  
tionalen Bewohnern. <sup>18</sup>

Die Wissenschaft spaltete sich in der Frage, welche Bedeutung die Be-  
setzung der Karpato-Ukraine und der Ostslowakei für die weitere Außen-  
politik Ungarns und deren Verhältnis gegenüber dem Dritten Reich hatte.  
Friedrich Christof vertritt die Ansicht, dass damit die ethnische Zielsetzung  
verfehlt wurde, denn die Karpato-Ukraine war anders als jene Gebiete, die  
nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 an Ungarn  
gefallen waren, nicht zum Großteil von Magyaren bewohnt. <sup>19</sup> Manfred  
Nebelin argumentiert ähnlich und führt wie Philipp W. Fabry aus, dass  
sich Ungarn damit an der Erledigung der Rest-Tschechoslowakei aktiv be-  
teiligte. <sup>20</sup> Gegensätzlicher Meinung ist Anton Czettler, der Ungarns aktives  
Zutun mit der Begründung negiert, dass es sich dabei um ein Gebiet han-  
delte, das tausend Jahre hindurch integraler Bestandteil des ungarischen  
Königreiches gewesen sei. <sup>21</sup> Insgesamt scheint es, dass die Eingliederung  
der Karpato-Ukraine Ungarn stärker an Deutschland band. Die Revision  
des Friedensvertrages von Trianon war nach der Zerschlagung der Rest-  
Tschechoslowakei nur mit Hilfe des Deutschen Reiches möglich, weil die  
Westmächte Hitlers Vorgehen nicht akzeptierten, wie sie es noch 1938 ge-  
tan hatten. Eine eigenständige Außenpolitik zu verfolgen, war ab diesem  
Zeitpunkt schwer, was sich im deutschen Feldzug gegen Polen zeigte.

---

<sup>17</sup> Horthy – Hitler. Budapest, 13. März 1939. In: ADAP D, IV, 210, Nr. 199.

<sup>18</sup> Hoensch 277, 288.

<sup>19</sup> Christof 34.

<sup>20</sup> Nebelin 9-10; Fabry 30.

<sup>21</sup> Czettler: Ungarns Weg, 83.

Hitlers Vorgehen gegen die Tschechoslowakei führte zum Ende der Appeasement-Politik Englands und Frankreichs. Der englische Premier Arthur Chamberlain deutete bereits am 17. März 1939 an, keine weitere deutsche Expansion in Mittel- und Osteuropa zu dulden. Der britische Botschafter in Deutschland, Neville Henderson, drückte den Wandel der deutschen Außenpolitik vom Nationalitätsprinzip zum Imperialismus folgendermaßen aus. »Bis zum März [...] führte das Schiff des deutschen Staates die deutsche Nationalflagge. In diesen Märztagen hisste dann der Kapitän herausfordernd die Piratenflagge mit dem Totenkopf und gekreuzten Knochen und zeigte seine wahren Farben als ein prinzipienloser Feind des Friedens und der europäischen Freiheit.«<sup>22</sup> Am 31. März 1939 gab England zugunsten Polens eine Garantieerklärung ab, welcher der polnische Außenminister Beck zustimmte.

Für Ungarn und die Regierung Teleki waren diese Vorgänge besorgniserregend, denn einerseits fürchtete man einen Krieg, andererseits verlangte die Öffentlichkeit weiterhin die Revision des Trianoner Vertrages. Außerdem geriet man in der herausziehenden deutsch-polnischen Krise in ein Dilemma. Ungarn war Polen freundschaftlich verbunden, hatte nun die lange geforderte gemeinsame Grenze, während das Deutsche Reich dem ungarischen Revisionsstreben erste Erfolge ermöglichte. Die Regierung Teleki versuchte, durch Außenminister István Graf Csáky und den Berliner Gesandten Sztójay zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Ungarn wollte Polen nahelegen, dem Deutschen Reich Zugeständnisse zu machen, um sich vor dem Selbstmord durch Unnachgiebigkeit zu bewahren.<sup>23</sup> Doch der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst Freiherr von Weizsäcker, bezweifelte den Erfolg der ungarischen Vermittlung.<sup>24</sup> Ungarn war sich des deutschen Drucks sehr wohl bewusst, und Teleki war überzeugt, dass ein europäischer Krieg die Niederlage Deutschlands bedeuten würde. Den Westmächten versicherte Ungarn, bei einem deutsch-polnischen Krieg seine Neutralität wahren zu wollen. Polen zeigte ebenfalls Verständnis für die problematische Lage Ungarns und beteuerte, auf die jahrhundertealten Beziehungen weiterhin zu bauen. Die Beziehungen zu den Achsenmächten durften ebenfalls nicht vernachlässigt werden, weshalb Teleki und Csáky nach Italien reisten, zu dem das Verhältnis weitgehend ungestört war.<sup>25</sup> Der Austritt Ungarns aus dem Völkerbund am 11. April 1939 begünstigte den Verlauf der Verhandlungen. Mussolini sicherte Teleki zu, die territoriale Integrität Ungarns gegenüber Deutschland zu wahren. In der polnischen Frage gab es jedoch geteilte Ansichten, da Italien

---

<sup>22</sup> Henderson 210.

<sup>23</sup> Czettler: Pál Graf Teleki 24.

<sup>24</sup> Vgl. seine Aufzeichnung vom 29. März 1939. In: ADAP D, VI, 126, Nr. 123.

<sup>25</sup> Zu Differenzen kam es im November 1938, als Ungarn durch ein deutsch-italienisches Ultimatum am Einmarsch in die Karpaten-Ukraine gehindert wurde. Vgl. ADAP D, II, 185, 189-190, Nr. 128 und 132.

an einen begrenzten deutsch-polnischen Konflikt glaubte, während Teleki den Ausbruch eines Weltkrieges befürchtete.<sup>26</sup> Eine Konfrontation zwischen Ungarn und Rumänien sollte nach Mussolini vermieden werden, um den rumänischen Staat nicht in die Arme der Deutschen zu treiben.<sup>27</sup> Teleki und Csáky reisten anschließend nach Deutschland, um das Verhältnis, das wegen der ungarischen Weigerung, sich aktiv am geplanten Waffengang gegen die Tschechoslowakei zu beteiligen, getrübt war, zu bereinigen. Währenddessen gelang es Rumänien, seine politische Lage wesentlich zu verbessern, denn zum einen gab England am 13. April 1939 eine Garantieerklärung zu seinen Gunsten ab, zum anderen schloss man mit dem Deutschen Reich einen günstigen Wirtschafts- und Handelsvertrag. In Ungarn war man sowohl über die Garantieerklärung als auch über die Tatsache beunruhigt, dass das Londoner Foreign Office Ungarn zum Interessenkreis der Achse zuordnete.<sup>28</sup> Die deutsch-ungarischen Gespräche verliefen in freundschaftlicher Atmosphäre. Hitler betonte, einen Krieg zwar vermeiden zu wollen, ihn aber notfalls zu führen; er forderte aber keine aktive ungarische Teilnahme an einem deutsch-polnischen Konflikt. Außerdem betonten Hitler und sein Außenminister, dass Südosteuropa eine deutsche Interessensphäre sei, und die Integrität Jugoslawiens und Rumäniens gewahrt bleiben müsse. Dies nahm die ungarische Delegation ebenso hin wie Joachim von Ribbentrops Äußerung, dass Ungarn eine Achsenpolitik verfolge. Die deutsche Führung zweifelte nicht daran, dass im Kriegsfall Ungarn, Italien und Japan »seinen Platz an der Seite der Achsenmächte einnehmen würde«.<sup>29</sup> Das ungarische Schweigen, das die deutsche Seite als Zustimmung deutete, gründete auf Telekis Devise: »[...] to say everything the dictators want and to do nothing.«<sup>30</sup> Dies war ein taktischer Fehler, da Ungarn deutschem Druck ausgesetzt wurde, sich in einem Krieg an die Seite der Achse zu stellen. In den folgenden Monaten versuchte Budapest der Tatsache gerecht zu werden, »dass die jetzige ungarische Regierung stark und für Deutschland absolut zuverlässig sei«.<sup>31</sup> In den Bereichen der Rassen- und Wirtschaftspolitik war man bestrebt, das Wohlwollen des Dritten Reiches zu gewinnen.<sup>32</sup> Das deutsche Misstrauen gegenüber

---

<sup>26</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 25.

<sup>27</sup> Macartney I, 345-347.

<sup>28</sup> Barker 63.

<sup>29</sup> Aufzeichnung des deutschen Gesandten in Budapest. Berlin, 30. März 1939. In: ADAP D, VI, 309, Nr. 295.

<sup>30</sup> Macartney I, 353.

<sup>31</sup> Aufzeichnung des deutschen Gesandten in Budapest. Berlin, 1. Mai 1939. In: ADAP D, VI, 322, Nr. 300.

<sup>32</sup> Das am 5. Mai 1939 verabschiedete zweite *Judengesetz* („Gesetz zur Einschränkung der Ausbreitung der Juden im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben“) löste das als gemäßigt eingestufte erste *Judengesetz* vom 29. Mai 1938 ab. Der jüdische Anteil in bestimmten Berufen und ihr politischer Einfluss wurde weitgehend eingeschränkt, sie wurden aus öffentlichen Ämtern entfernt, das Wahlrecht wurde ihnen entzogen. Analog zum rassistischen Dogma des Nationalsozialismus wurde nun jeder als Jude angesehen, der drei oder mehr jüdische Groß-

Ungarn steigerte sich jedoch, als Reichsverweser Horthy am 14. Juni 1939 vor dem neuen Parlament,<sup>33</sup> trotz der sich zuspitzenden Spannungen zwischen Berlin und Warschau, von den historisch engen Beziehungen zu Polen sprach. Der Versuch Ungarns, zwischen Polen und dem Dritten Reich zu vermitteln, verstärkte Berlins Argwohn gegenüber Budapest nur noch mehr. Die ungarische Absicht, sich bei einem deutschen Angriff auf Polen neutral zu verhalten, wurde Warschau bereits Mitte Juli eröffnet. Die Achsenmächte wurden davon erst am 24. September 1939 in zwei von Teleki verfassten Briefen in Kenntnis gesetzt. In seinem ersten Brief stellte der ungarische Ministerpräsident den ungarischen Standpunkt dar: »Von tiefem Vertrauen in die moralischen und materiellen Kräfte der Achse Berlin-Rom geleitet, beehre ich mich im Namen der Königlich Ungarischen Regierung zu erklären, dass Ungarn im Falle eines allgemeinen Konfliktes seine Politik der Politik der Achse anpassen will, wie wir von diesem Bestreben auch bisher Zeugenschaft abgelegt haben. Es unterliegt immerhin keinem Zweifel, dass die Angleichung an diese Politik unserer nationalen Souveränität, die in unserer Verfassung verkörpert ist, in keiner Weise abträglich sein und der Verwirklichung unserer nationalen Zielsetzung Hindernisse in den Weg legen könnte. Um diese Anpassung in die Tat umsetzen zu können, scheint es mir notwendig zu sein, dass der gemischte deutsch-italienische Ausschuss in seinem Schoße ehestens ein Instrument mit dem Ziel bilde, alle Probleme, welche aus einer eventuellen sehr engen Zusammenarbeit der drei Mächte entstehen könnten, zu dritt zu besprechen.«<sup>34</sup>

In seinem zweiten Brief teilte Teleki jedoch mit: »Um einer jeden eventuellen Missdeutung meines Briefes vom 24. Juli vorzubeugen, beehre ich mich auch vor Eurer Exzellenz zu wiederholen, dass Ungarn – insofern die jetzigen Umstände keine ernste Abänderung erfahren – aus moralischen Gründen nicht in der Lage sein könnte, eine kriegerische Handlung gegen Polen vorzunehmen.«<sup>35</sup> Der italienische Außenminister Galeazzo Ciano notierte in seinem Tagebuch zu Telekis Briefen, dass der erste wohl geschrieben worden sei, »um den zweiten übergeben zu können.«<sup>36</sup> In Berlin selbst

---

eltern besaß (*Broszat* 183-200). Im wirtschaftlichen Bereich versuchte Ungarn in die gemischte deutsch-italienische Kommission, eingerichtet durch den Stahlpakt vom 22. Mai 1939, aufgenommen zu werden. So sollten eine deutsche Besetzung Ungarns verhindert und verstärkte deutsche Waffenlieferungen ermöglicht werden. Am 28. Juni 1939 wurde der deutschen Regierung ein Memorandum übergeben, in dem eine deutsch-italienisch-ungarische Dreierbesprechung zur Regelung der Kriegswirtschaft vorgeschlagen wurde (*Nebelin* 34-36).

<sup>33</sup> Das Parlament wurde am 4. Mai 1939 aufgelöst. Bei den Neuwahlen vom 28./29. Mai statt gewannen die Pfeilkreuzler und die übrigen rechtsextremen Parteien 49 Mandate. Obwohl die regierende Partei des Ungarischen Lebens ihre Sitze von 117 auf 183 vermehren konnte, bedeutete dies einen deutlichen Rechtsruck (*Czettler*: Pál Graf Teleki, 27).

<sup>34</sup> Aufzeichnung des Staatssekretärs vom 24. Juli 1939, Anlage 1. In: ADAP D, VI, 819, Nr. 712.

<sup>35</sup> Ebenda, Anlage 2. In: ADAP D, VI, 820, Nr. 712.

<sup>36</sup> *Ciano* 61 (26. Juli 1939).

nahm man diese Briefe mit Entrüstung auf, weil Ungarn damit seine noch im April 1939 abgegebene vermeintliche Bündniszusage zum großen Teil negierte. Hitler formulierte einen Brief an Reichsverweser Horthy, in dem er die ungarische Beteiligung an einem allgemeinen europäischen Krieg forderte, nicht aber bei einem begrenzten deutsch-polnischen Waffengang. Dieser Brief wurde jedoch nicht abgesandt, weil man sich schließlich darauf einigte, eine Antwort während des Treffens zwischen Ribbentrop und Csáky zu übergeben.<sup>37</sup> Der ungarische Außenminister begab sich am 8. August 1939 nach Berchtesgaden, wo er Hitler traf. Hitler machte Csáky schwere Vorwürfe wegen der beiden Briefe, denn Polen sei für die deutsche Wehrmacht kein Problem, und es bestehe keine Absicht, Ungarn für den Krieg gegen Polen zu rekrutieren. Ungarn solle sich darüber im Klaren sein, dass es nur mit deutscher Hilfe Gebiete zurückgewinnen könne. Nun könne Ungarn nicht mehr mit deutscher Unterstützung rechnen. Csáky hatte bereits Ribbentrop zugesagt, dass beide Briefe zurückgezogen würden. Diese Mitteilung wiederholte er auch gegenüber Hitler.<sup>38</sup>

Die ungarischen Loyalitätsbekundungen zugunsten des Dritten Reiches überspielten nur die wahre politische Absicht Budapests, nämlich die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes. Darin wurde Ungarn bestärkt, da sich in den deutsch-italienischen Verhandlungen vom 11.-12. August 1939 herauskristallisierte, dass Italien am Krieg nicht teilnehmen wollte.<sup>39</sup> Zudem verschob der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 das europäische Gleichgewicht. Teleki, der nach wie vor an einen Sieg der Westmächte glaubte, hielt es nicht nur für politisch unklug, sondern auch für moralisch verwerflich, einen Vertrag mit dem in seinen Augen schlimmsten Feind der europäischen Zivilisation abzuschließen. Um keine feindliche Reaktion des Dritten Reiches zu provozieren, verfolgte er deshalb weiterhin das Ziel der Unabhängigkeit.<sup>40</sup> In der Folgezeit wiederholten die ungarischen diplomatischen Vertreter in London, Paris und Washington die Absicht, bei Kriegsausbruch neutral zu bleiben. Dem britischen Foreign Office übermittelte der ungarische Gesandte vertraulich, dass Ungarn keine territorialen Kompensationen des Deutschen Reiches akzeptieren werde und bei einer deutschen Besetzung Widerstand leisten wolle.<sup>41</sup> Noch am 31. August 1939 teilte der ungarische Gesandte in War-

<sup>37</sup> Botschafter Attolico – Staatssekretär von Weizsäcker, 29. Juli 1939. In: ADAP D, VI, 857-858. Nr. 739.

<sup>38</sup> Aufzeichnung des deutschen Gesandten in Budapest. Berchtesgaden, 8. August 1939. In: ADAP D, VI, 919-925, Nr. 784.

<sup>39</sup> ADAP D, VII, 32-46, Nr. 43-47. Ebenso *Ciano* 123-124 (11.-14. August 1939).

<sup>40</sup> Vgl. *Macartney* I, 361-362.

<sup>41</sup> Telegramm von Lord Halifax an den britischen Gesandten in Budapest, O'Malley, 29. August 1939: »In the course of conversation on August 27 the Hungarian Minister stated that he had received from Count Teleki a personal message: it was understood that this message was for his own information and not to be considered as an official communication to His Majesty's Government. The following is a summary: a) The Hungarian Government would



schau dem stellvertretenden polnischen Außenminister mit, nicht gegen Polen zu kämpfen. Der Chef der politischen Abteilung des ungarischen Außenministeriums, Jenő Ghyczy, untermauerte dies, als er dem amerikanischen Geschäftsträger in Budapest, Howard Travers, unmittelbar nach Bekanntwerden des deutschen Angriffs auf Polen versicherte: »Hungary's hands are still free and Hungary will never fight Poland.«<sup>42</sup>

Die deutsche Führung verfolgte die Politik Ungarns wachsam und schätzte sie zu diesem Zeitpunkt als unsicher ein. Ungarn versuchte dies zu widerlegen und wandte sich an Italien, um eine noch engere politische Kooperation der beiden Staaten zu erreichen. Nachdem Ungarn darauf verzichtet hatte, eine allgemeine Neutralitätserklärung abzugeben, normalisierte sich das Verhältnis zu Deutschland. Die ungarische Bevölkerung unterstützte, mit Ausnahme der Pfeilkreuzler sowie des deutschen Volksbundes, die Politik Telekis. Die Westmächte waren nicht weniger von der Neutralität Ungarns überrascht, denn die westlichen Regierungskreise meinten, Ungarn sei kein willensloser Satellit des Deutschen Reiches. Großbritannien rechnete Teleki seine Politik hoch an, und auch Italien stimmte der Politik Ungarns zu, aber Deutschland verurteilte in den ersten beiden Kriegstagen die überwiegend polenfreundlichen Artikel der ungarischen Presse.<sup>43</sup> Ein Treffen zwischen den Außenministern sollte diese Differenzen beseitigen. Das deutsche Angebot, Grenzberichtigungen an der polnischen Grenze zugunsten Ungarns durchzuführen, lehnte Csáky mit der Begründung ab, kein Gebiet außerhalb des historischen Ungarn besetzen zu wollen. Auch weigerte sich die ungarische Regierung, die Bahnlinie von Kaschau (*Kassa, Košice*) an die polnische Grenze für deutsche Truppentransporte zur Verfügung zu stellen, worin sie von Italien unterstützt wurde. Deutschland übte in den kommenden Tagen deswegen keinen Druck auf die ungarische Regierung aus, denn die Niederlage Polens stand nach dem Eingreifen der sowjetischen Truppen ab dem 17. September 1939 unmittelbar bevor. Doch die ungarische Absage hinterließ einen unangenehmen Beigeschmack, und Ciano war sich sicher, »dass diese Absage von Deutschland nicht vergessen wird, und dass kurz oder lang seine Rechnung präsentiert wird.«<sup>44</sup> Ribbentrop äußerte hierzu: »Man dürfe in Ungarn nicht vergessen, dass Deutschland dafür gesorgt habe, das die in Frage stehende Eisenbahn zu Ungarn gekommen sei.«<sup>45</sup> Diese Spannungen wurden durch die Frage der polnischen Flüchtlinge verschärft, denn ab dem 10. September 1939 über-

---

not be diverted from their course by offers of territory that Germany might make them in return for collaboration. b) However incredible it might seem no demands of any kind had been made on Count Csáky during his visit to Germany. c) The Hungarian Government were determined to maintain strict neutrality, but would not announce this publicly until the last moment.« In: DBFP VII, 347, Nr. 494.

<sup>42</sup> FRUS 407.

<sup>43</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 41.

<sup>44</sup> Ciano 148-149 (19. September 1939).

<sup>45</sup> ADAP D, VIII, 38, Nr. 51.

schritten die ersten polnischen Militäreinheiten die Grenze, um sich in Ungarn internieren zu lassen. Neben den Einheiten der Armee kamen zahlreiche Zivilisten, die von der ungarischen Bevölkerung meist freundlich begrüßt und aufgenommen wurden. Deutschland protestierte gegen die Aufnahme polnischer Militäreinheiten, weil diese für die Aufstellung polnischer Legionen in Frankreich angeworben wurden.<sup>46</sup> Bis zum Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 reisten Polen trotz deutscher Proteste aus Ungarn aus, um auf anderen Kriegsschauplätzen gegen Deutschland zu kämpfen. Das ungarische Außenministerium protestierte formal beim polnischen Gesandten, an der Situation änderte sich jedoch nichts. Deutschland, militärisch siegreich, aber diplomatisch isoliert, beließ es vorerst bei formalen Protesten, um die Stabilität im südosteuropäischen Raum durch einen Eingriff in Ungarn nicht zu gefährden.

Die Sowjetunion wurde, nachdem ihre Truppen ab dem 17. September 1939 in ostpolnische Gebiete eingerückt waren, zum direkten Nachbarn Ungarns. Für die ungarische Regierung ging es nun darum, erneut diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufzunehmen. Dies wurde am 24. September 1939 offiziell bekannt gegeben.

Ungarn konnte letztlich seine Neutralität auch nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges aufrechterhalten, war jedoch bei der Verwirklichung seiner Revisionsziele auf die Unterstützung des Deutschen Reiches angewiesen, wofür es einen hohen Preis zahlen sollte.

#### *Der Zweite Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940*

Trotz angestrebter Neutralität verlor Ungarn das Ziel der Revision des Friedensvertrages von Trianon nicht aus den Augen, und der Erste Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 war ein erster Schritt. Im März 1939 besetzten ungarische Einheiten die Karpato-Ukraine und errangen einen wichtigen Erfolg für die Revisionspolitik. Die Erklärung des Dritten Reiches, die unabhängige Slowakei sei ein deutscher Schutzstaat, beendete jedoch weitere Revisionsbestrebung in nördlicher Richtung.<sup>47</sup> Der Blick Ungarns richtete sich auf Rumänien, um Siebenbürgen zurück zu gewinnen. Bereits im Frühjahr 1939 hatte Ungarn auf eine teilweise Revision der ungarisch-rumänischen Grenze gehofft; Horthy war sogar bereit, einem deutschen Durchmarsch im Falle einer deutsch-rumänischen Auseinandersetzung zuzustimmen.<sup>48</sup> Aber die englisch-französische Garantieerklärung für Rumänien hatte den Revisionsplänen ebenso einen Dämpfer versetzt wie die – von den Westmächten abgerungene – Erklärung, in keinem Fall mi-

---

<sup>46</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 45.

<sup>47</sup> Ebenda, 47.

<sup>48</sup> Montgomery 133.

litärisch gegen Rumänien vorzugehen. Während ihres Staatsbesuches in Rom warnte Mussolini Teleki und Csáky davor, Rumänien durch einen zu starken Druck in die Arme Deutschlands zu treiben.<sup>49</sup> Außenminister Csáky war jedoch im April 1939 noch der Ansicht, dass bei einem deutsch-polnischen Konflikt Ungarn neutral bleiben, aber gegen Rumänien mobil machen würde, um gegen das mit Polen verbündete Land vorzugehen. Diese war eine naive Vorstellung, weil Deutschland einen ungarisch-rumänischen Krieg nicht geduldet hätte, da es das rumänische Öl für seine Expansionsbestrebungen benötigte. Deutschland und die Westmächte drängten, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, auf eine Normalisierung des ungarisch-rumänischen Verhältnisses. Bis Juli 1939 trat auch eine gewisse Entspannung ein, was sich aber mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und der damit einhergehenden rumänischen Mobilisierung schlagartig änderte. Die ungarische Ablehnung eines rumänischen Nichtangriffspaktes machte in Großbritannien einen schlechten Eindruck. Um dem entgegenzuwirken, bot Budapest Rumänien einen Minderheitenschutzvertrag an, ohne jedoch eine Zustimmung zu erhoffen.<sup>50</sup> Bukarest verband die Annahme mit dem Abschluss eines Nichtangriffspaktes, und Deutschland forderte die Einhaltung der Ruhe, ohne den Abschluss des Nichtangriffspaktes zu verlangen. Der sowjetische Einmarsch in Ostpolen veränderte die Lage Rumäniens grundlegend, obwohl Deutschland wie auch die Westmächte die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Rumäniens achteten. Nach Kündigung des Bündnisvertrages mit Polen sandte Bukarest der Sowjetunion am 21. September 1939 eine Neutralitätserklärung.<sup>51</sup> Der rumänische Regierungschef Armand Călinescu verdeutlichte die neue politische Situation in einer Aktennotiz: »Der Vormarsch der Russen verändert die Lage. Die deutsche Gefahr rückt in die Ferne. Jetzt steht die russische Drohung im Vordergrund. Umkehrung unserer militärischen Disposition und Konzentrierung unserer Truppen im Sereth-Tal.«<sup>52</sup> Die rumänischen wie auch ungarischen Truppenkonzentrationen an der Grenze wurden daraufhin im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst. Trotz dieser Vereinbarung mit Rumänien spielte man in ungarischen Militärkreisen mit dem Gedanken, die prekäre Lage des Nachbarn für die eigenen Revisionsziele zu nutzen. Rom riet davon ab, während der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Generalstabschef für einen Einmarsch votierten. Teleki wollte zunächst herauszufinden, ob die Westmächte auf einen Einmarsch in Siebenbürgen mit einer Kriegserklärung reagieren würden. Großbritannien war mit einem ungarischen Einmarsch einverstanden, falls nicht der Eindruck entstünde, Ungarn ginge gemein-

---

<sup>49</sup> AHHM 220, Nr. 55.

<sup>50</sup> Ebenda, 235-246, Nr. 62.

<sup>51</sup> *Hillgruber*: Hitler, 59.

<sup>52</sup> Ebenda.

schafflich mit Deutschland oder der Sowjetunion gegen Rumänien vor.<sup>53</sup> Teleki arbeitete eine Denkschrift aus, in der er den ungarischen Anspruch mit der tausendjährigen Zugehörigkeit zum Reich der Stephanskrone rechtfertigte und die strategische Bedeutung der Karpatenpässe im Hinblick auf einen weiteren sowjetischen Vorstoß hervorhob. Damit wollte er die letzten britischen und französischen Zweifel zerstreuen. Ungarn rechnete mit maximal 78.000 Quadratkilometer und 4.200.000 Millionen Einwohner, minimal 50.000 Quadratkilometer und 2,7 Millionen Einwohner. Nachdem bekannt geworden war, dass Ungarn am 12. November 1939 in Siebenbürgen einmarschieren wollte, übte Deutschland einen so starken Druck auf Budapest aus, dass es die vorbereiteten Einmarschpläne aufgab.<sup>54</sup>

Am 22. Dezember 1939 einigte sich der Ministerrat auf Telekis Plan, der dann die ungarische Politik gegenüber Rumänien bis zum Sommer 1940 bestimmte. Die Armee sollte nur unter folgenden Voraussetzungen gegen Rumänien in Marsch gesetzt werden: 1. Falls der sowjetische Angriff gegen Rumänien eine Ausbreitung des Bolschewismus in Südosteuropa zur Folge hätte; 2. Falls Bukarest die ungarische Minderheit zur Abwehr der Sowjets einsetzen würde, die gleichzeitig die Vernichtung der dort lebenden Magyaren zur Folge hätte; 3. Falls Bukarest rumänisches Territorium kampflos an die Sowjetunion oder Bulgarien abtreten würde.<sup>55</sup>

Italien war mit diesem Plan einverstanden, was sich beim Treffen zwischen Csáky und Ciano in Venedig vom 5. Januar bis 7. Januar 1940 erwies.<sup>56</sup> Mussolini hatte bereits Ende Dezember 1939 einem rumänischen Sondergesandten zugesichert, auf Ungarn einzuwirken, um ein Einmarsch in Siebenbürgen zu verhindern, falls ein sowjetischer erfolgen würde.<sup>57</sup> Gleichzeitig spielte der ungarische Minderheitenführer in der Slowakei Teleki Informationen zu, wonach die Deutschen in der Gegend von Neutra (*Nyitra*, *Nitra*) mit dem Bau strategischer Straßen begonnen hätten.<sup>58</sup> Teleki ging davon aus, dass sie einem deutschen Einmarsch in Rumänien dienen sollten, worin ihn eine Unterredung zwischen Generalmajor Tippelskirch, dem Abteilungsleiter der deutschen Abwehr, und dem Leiter der zweiten Abteilung des ungarischen Generalstabs bestärkte. Deutschland, so Tippelskirch, sei am ungarischen Einmarsch in Siebenbürgen nur dann interessiert, wenn es zu einem Konflikt zwischen Rumänien, der Sowjetunion und Bulgarien käme. Blicke es bei einem rumänisch-sowjetischen Krieg, solle sich Ungarn nicht beteiligen.<sup>59</sup>

---

<sup>53</sup> *Macartney* I, 387-388.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Ebenda, 389.

<sup>56</sup> DDI III, 29-31, Nr. 44.

<sup>57</sup> *Ciano* 178 (23. Dezember 1939).

<sup>58</sup> *Czettler*: Pál Graf Teleki, 75.

<sup>59</sup> Ebenda, 76.

Als sich Gerüchte über die Konzentration deutscher Truppen in der Ostslowakei häuften, wies Teleki den ungarischen Gesandten in Berlin an, über die deutschen Absichten Nachforschungen anzustellen. Die Antwort des Gesandten traf am 9. Februar 1940 ein und enthielt drei Annahmen, aber keine gesicherten Voraussetzungen für einen deutschen Angriff: 1. Falls die sowjetischen Truppen den Fluss Pruth in Richtung der rumänischen Ölquellen überschreiten sollten; 2. Falls eine englisch-französische Intervention auf dem Balkan die rumänischen Öllieferungen für Deutschland gefährdeten; 3) Falls Bukarest die Öllieferungen einstellen würde.<sup>60</sup> Teleki musste sich sowohl mit einem sowjetischen Einmarsch in Rumänien als auch mit einer militärischen Intervention des Dritten Reiches ebendort auseinandersetzen. Dabei war problematisch, dass die Zustimmung zu einem deutschen Durchmarsch schlimmstenfalls die Kriegserklärung der Westmächte nach sich ziehen konnte, eine Ablehnung einem Verzicht auf die Revision sowie einem möglichen Sturz des ungarischen Ministerpräsidenten gleichkommen würde.

Teleki hielt sich vom 28. bis 30. März 1940 in Italien auf, wo er mit Mussolini und Ciano zusammentraf. Mussolini teilte ihm mit, über kurz oder lang auf deutscher Seite in den Krieg eintreten zu wollen; Ungarn solle aber auch im letzteren Fall seine Neutralität bewahren. Teleki erwiderte, Ungarn würde bei einem Entgegenkommen Rumäniens seine territorialen Forderungen mäßigen, und sagte zu, nicht im Verbund mit der Sowjetunion gegen Rumänien vorzugehen. Darauf antwortete Ciano: »On va toujours vous pardonner d'avoir été avec les allemands. On ne vous pardonnerait jamais d'aller en commun avec la Russie.«<sup>61</sup>

Die Sowjetunion äußerte am 29. März 1940 erstmals, die noch ungeklärte bessarabische Frage bald klären zu wollen.<sup>62</sup> Der ungarische Gesandte in Berlin gab die Stellungnahme ab, dass ein deutsch-ungarischer Krieg die Folge sein könnte, falls Ungarn den Durchmarsch deutscher Truppen nicht zulassen würde. Der deutsche Gesandte in Bukarest riet gleichzeitig der rumänischen Regierung, ein Schutzabkommen mit dem Dritten Reich abzuschließen. In der ungarischen Regierung wurden auf der Ministerratssitzung vom 1. April 1940 zwei unterschiedliche Standpunkte deutlich: Teleki erinnerte an die englisch-französische Garantierklärung für Rumänien und warnte davor, die Existenz Ungarns wegen Siebenbürgen aufs Spiel zu setzen, während Csáky meinte, dass man den Deutschen den Durchmarsch nicht verwehren könne. Er schlug vor, die Rückgabe der Slowakei als Gegenleistung zu fordern, was jedoch Teleki ablehnte.<sup>63</sup> Gegenüber den Westmächten sollte die Besetzung Siebenbürgens im Verbund mit den Deutschen mit dem sowjetischen Vormarsch gerechtfertigt

---

<sup>60</sup> *Macartney* I, 390.

<sup>61</sup> DIMK IV, 765, Nr. 581.

<sup>62</sup> *Hillgruber*: Hitler, 70-71.

<sup>63</sup> *Czettler*: Pál Graf Teleki, 79.

werden. Csáky schlug vor, mit Deutschland einen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag abzuschließen, um den deutschen Druck abzuschwächen und die Unabhängigkeit Ungarns zu sichern. Die Wahrung der Souveränität blieb also weiterhin die oberste Prämisse der ungarischen Außenpolitik. Deutschland hingegen verfolgte ein anderes Ziel, nämlich die Sicherung des rumänischen Öls. Eine Begünstigung Ungarns in der Siebenbürgen-Frage hätte aber zu einer von Deutschland nicht gewünschten Destabilisierung Rumäniens geführt.<sup>64</sup> Bevor sich Teleki für eine militärische Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich entschloss, richtete er noch eine Denkschrift an Großbritannien und hielt fest, dass eine Weigerung Ungarns das Ende der Unabhängigkeit bedeuten würde. Des weiteren wollte er die britische Zusage für die Anerkennung der ungarischen Besetzung Siebenbürgens.<sup>65</sup> Italien stand mittlerweile als Verbündeter hinter der deutschen Politik, und in Ungarn forderten rechtsradikale Kreise, zu denen nun auch der einstige Regierungschef Imrédy gehörte, die Aufgabe der ungarischen Neutralitätspolitik. Teleki verweigerte sich und forderte Horthy auf, die Einmischung der Militärs in die Politik, vor allem des Generalstabschefs, zu unterbinden. In einem Brief an Hitler vom 17. April 1940 unterbreitete er den Vorschlag, bei einem deutsch-italienisch-ungarischen Treffen die Lage zu besprechen. Hitler antwortete einen Monat später und entkräftete die Gerüchte über eine deutsche militärische Aktion auf dem Balkan und vor allem gegen Rumänien. Ein Dreiertreffen lehnte er ab, denn das würde die Weltöffentlichkeit nur unnötig erregen. Man sollte gegenwärtig den Frieden auf dem Balkan erhalten.<sup>66</sup> Teleki pflichtete dem bei, hielt aber fest, dass das ungarische Revisionsprogramm »unsere lebensnotwendigen Interessen räumlich und politisch mit den Verhältnissen und als real anerkannten Interessen der anderen in Betracht kommenden Länder sowie mit unseren eigenen Kräfteverhältnissen in Einklang bringt«. <sup>67</sup> In Ungarn realisierte man allmählich, dass Deutschland nicht bereit war, gegen Rumänien militärisch vorzugehen.

Die Erfolge der deutschen Wehrmacht veranlassten Teleki, den Eindruck zu erwecken, er habe seine Einstellung gegenüber Deutschland geändert. Noch zu Beginn des deutschen Westfeldzuges, am 10. Mai 1940, sagte er gegenüber zwei Freunden, dass Deutschland damit seine Nieder-

---

<sup>64</sup> Generalstabschef Halder ließ bereits Anfang 1940 eine Operationsstudie für einen eventuellen deutschen Angriff gegen Rumänien erstellen, mit dem das rumänische Erdölgebiet vor einem Zugriff der Westmächte geschützt werden sollte. Man nahm Kontakt mit dem ungarischen Generalstabschef auf, um eine militärische Zusammenarbeit gegen Rumänien anzubieten, falls Rumänien durch die Briten besetzt würde. »Führer ist über Verbindung mit ungarischem Generalstab einverstanden. [...] Dabei ist zu Grunde gelegt, dass der Rumäne den Engländer landen lässt und daher als Feind betrachtet wird. Dann wird natürlich ungarischer Anspruch auf Siebenbürgen anerkannt.« In: *Generaloberst Halder I*, 259 (14. April 1940).

<sup>65</sup> AHHM 261, Nr. 82.

<sup>66</sup> ADAP D, IX, 320-321, Nr. 271.

<sup>67</sup> Ebenda, 335, Nr. 284.

lage eingeleitet habe.<sup>68</sup> Am 30. Mai 1940 hielt er eine Rede im Budapester Parlament, wo er entgegen seiner inneren Überzeugung von einem kurzen Krieg mit einem deutschen Sieg sprach. Die deutschen Erfolge gaben der Pfeilkreuzler-Bewegung enormen Auftrieb. Während sie den Rücktritt Telekis forderten, bestand der Führer des rechten Flügels der Regierungspartei, Imrédy, auf der Abberufung der drei konservativen Minister aus der Regierung. Horthy ließ sich jedoch nicht auf die rechtsradikalen Forderungen der Pfeilkreuzler und Imrédys ein. Teleki ging mit seinen prodeutschen Äußerungen weit. Die Kriegserklärung Italiens an die Westmächte beunruhigte die ungarische Öffentlichkeit, weil sich Rom mit der Aufgabe seiner *Nonbelligeranza* offen auf die Seite des Dritten Reiches gestellt hatte. Csáky aber bekräftigte im Parlament die Absicht, am Status als Nichtkriegführende Macht nichts ändern zu wollen. Die europäische Machtkonstellation hatte sich aber mit dem deutschen Sieg über Frankreich verändert und Hitler wandte sich nach Osten, um seine Politik des Abwartens aufzugeben.<sup>69</sup>

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in die baltischen Staaten Mitte Juni 1940 mehrte die Gerüchte einer bevorstehenden Besetzung Bessarabiens durch die Rote Armee. Der sowjetische Außenkommissar Wjaceslaw Molotov empfing am 23. Juni 1940 den deutschen Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, und teilte ihm mit, eine Lösung der Bessarabien-Frage stehe unmittelbar bevor. Der deutsche Botschafter überbrachte Molotov am 25. Juni 1940 die Zustimmung Berlins, wonach die Sowjetunion gemäß dem deutsch-sowjetischen Abkommen vom 23. August 1939 Bessarabien, aber nicht die gesamte Bukowina in Besitz nehmen durfte.<sup>70</sup> Die Sowjetunion übergab Bukarest am Abend des 26. Juni 1940 ein Ultimatum über die Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina. Da Rumänien anscheinend bereit war, das sowjetische Ultimatum anzunehmen, beschloss Budapest, Kontakt mit dem deutschen auswärtigen Amt herzustellen, um die Beteiligung Ungarns an den sowjetisch-rumänischen Verhandlungen zu erwirken.<sup>71</sup> Bei den folgenden Verhandlungen zwischen ungarischen und deutschen Gesandten sagte Budapest im wirtschaftlichen Bereich größere Lieferungen zu, auch wenn es dadurch im eigenen Land zu Einschränkungen gezwungen werde. Außerdem stellte Budapest klar, dass Ungarn mit den angestrebten Grenzrevisionen gegenüber Rumänien saturiert sei, also keine weiteren Territo-

---

<sup>68</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 89.

<sup>69</sup> Ebenda, 92.

<sup>70</sup> Die Sowjetunion forderte die gesamte Bukowina, da dort ihrer Meinung nach eine mehrheitlich ukrainische Bevölkerung lebte. Deutschland war dieser sowjetische Anspruch neu und bekräftigte sein Interesse an der dortigen deutschen Volksgruppe. Am 26. Juni 1940 unterrichtete Molotov den deutschen Botschafter über Moskaus Entschluss, nur den nördlichen Teil der Bukowina zu besetzen (*Hillgruber: Hitler*, 72).

<sup>71</sup> Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abteilung, 27. Juni 1940. In: ADAP D, X, 33, Nr. 38.

rien fordere.<sup>72</sup> Berlin jedoch warnte Budapest: »Deutschland hat Verständnis für berechnete ungarische Revisionsforderungen. Ungarn darf aber von Deutschland nicht erwarten, dass es für diese ungarischen Forderungen zu den Waffen greift. [...] Sollte daher die ungarische Regierung wider Erwarten versuchen, auf dem Weg der Gewalt ihre Revision durchzusetzen zu wollen, so tut die ungarische Regierung dieses ausschließlich auf eigene Verantwortung. [...] sie [die Reichsregierung, J. M. Z.] möchte aber nicht verfehlen, unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass sie nicht gewillt ist, Ungarn in etwaigen Schwierigkeiten oder Verwicklungen, die sich aus einem solchen Vorgehen für Ungarn ergeben sollten, irgendwelchen militärischen Beistand zu leisten. [...] dass zu einer gelegeneren Zeit eine Revision, ohne den gewaltsamen Weg zu beschreiten, durchgeführt werden kann und dass die Reichsregierung sich für solche Revisionsforderungen dann einsetzen würde.«<sup>73</sup>

Während Ungarn versuchte, sein geplantes militärisches Vorgehen zu rechtfertigen,<sup>74</sup> lehnte Deutschland auch eine Vermittlerrolle im ungarisch-rumänischen Grenzstreit ab und mahnte eindringlich, die Folgen eines Einmarsches in Siebenbürgen zu bedenken.<sup>75</sup> Die sowjetische Seite hingegen unterstützte die ungarischen Revisionsforderungen, bot aber keine militärische Hilfe an. Diese hätte Teleki, der die Sowjetunion als politischen Feind betrachtete, ohnehin nicht angenommen. Auch Großbritannien hätte den ungarischen Revisionsforderungen zugestimmt, falls sie auf dem Verhandlungsweg gestellt würden, weil Bukarest am 1. Juli 1940 auf die englisch-französische Garantieerklärung verzichtet hatte<sup>76</sup> und daran interessiert war, sich der Achse anzunähern. König Carol teilte dem deutschen Gesandten Fabricius mit, dass er Bessarabien räumen werde und für den Schutz der rumänischen Grenzen eine deutsche Militärmission erbitte. Ab dem 4. Juli 1940 wirkte sich der Wandel der rumänischen Politik auch personell aus, denn der König ernannte den deutschfreundlichen Ion Gigurtu zum Ministerpräsidenten und Mihail Manoilescu, einen seiner Vertrauten, zum Außenminister. Die Annäherung Rumäniens an die Achse erschwerte nun die ungarische Revisionspolitik, zumal Hitler nicht gewillt war, einen ungarisch-rumänischen Konflikt zu forcieren und damit die rumänischen

---

<sup>72</sup> Deutsche Gesandtschaft – Auswärtiges Amt. Budapest, 28. Juni 1940. In: ADAP D, X, 47-48, Nr. 55.

<sup>73</sup> Reichsaußenminister – Auswärtiges Amt. 1. Juli 1940. In: ADAP D, X, 71, Nr. 75.

<sup>74</sup> Ein rumänisch-ungarischer Krieg würde nach Csákys Ansicht ausbrechen, wenn die ungarische Bevölkerung in Siebenbürgen physisch bedroht sei, die staatliche Ordnung auf diesem Gebiet außer Kontrolle geraten, die Sowjetunion den Pruth überschreiten oder Bukarest in Siebenbürgen Rumänen aus Bessarabien und der Nordbukowina ansiedeln würde (Deutsche Gesandtschaft – Auswärtiges Amt. Budapest, 2. Juli 1940. In: ADAP D, X, 72-73, Nr. 78).

<sup>75</sup> Reichsaußenminister – Staatssekretär / Gesandter in Budapest. Berlin, 4. Juli 1940. In: ADAP D, X, 97-98, Nr. 105.

<sup>76</sup> Christof 74.



Erdölfelder zu gefährden. Hitler, Ribbentrop und Ciano forderten Teleki und Csáky am 10. Juli 1940 in München auf, ihre Revisionsforderungen friedlich umzusetzen. Hitler wies darauf hin, dass Ungarn nicht mit deutscher Unterstützung rechnen könne, sollte es zu Problemen kommen, und zweifelte an der Stärke der ungarischen im Vergleich zur rumänischen Armee. Deutschland stehe zwar hinter Ungarns Forderungen, doch es sei besser, sie in einzelnen Etappen zu verwirklichen, Bukarest werde in Verhandlungen territoriale Zugeständnisse machen. Zudem lehnten Italien und Deutschland eine Beteiligung an bilateralen Verhandlungen zwischen Rumänien und Ungarn ab.<sup>77</sup>

Bukarest bat Deutschland zu gleicher Zeit um Waffenhilfe und die Entsendung einer deutschen Militärmission, welche die rumänische Armee ausbilden sollte. Hitler verband eine Zusage mit der Forderung, die territorialen Fragen mit Bulgarien und Ungarn friedlich zu lösen. So beschloss der rumänische Kronrat Ende Juli die Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit Budapest. Diese begannen erst am 16. August 1940 in Turnu-Severin, weil Ungarn zum einen ein Faustpfand für den guten Willen Bukarests forderte, zum anderen eine Entschädigung für die Zerstörungen, die während der Besetzung ungarischer Gebiete durch rumänische Truppen von August bis November 1919 verursacht worden waren.<sup>78</sup> Die Verhandlungen dauerten bis zum 24. August 1940, als sie von beiden Seiten für gescheitert erklärt wurden. Während Rumänien lediglich über Grundsätze des Bevölkerungsaustausches eine Einigung herbeiführen wollte, beanspruchte die ungarische Delegation ein 69.000 Quadratkilometer großes Gebiet. Teleki betrieb eine harte Verhandlungslinie, denn die Revision sei fast zwei Jahrzehnte Ziel der ungarischen Außenpolitik gewesen.<sup>79</sup> Der deutsche Gesandte in Budapest informierte Berlin, dass nach dem Scheitern der Verhandlungen mit einem militärischen Konflikt zu rechnen sei. Teleki machte sich für die Situation verantwortlich, weil Ungarn mit einem von Deutschland nicht mitgetragenen Krieg einer Katastrophe entgegensteuern würde.<sup>80</sup>

Nach Unruhen entlang der rumänisch-ungarischen Grenze und Meldungen über sowjetische Truppenkonzentrationen an der rumänischen Grenze änderte Hitler seine passive Haltung. Um einem befürchteten sowjetischen Vorstoß zu den rumänischen Erdölfeldern entgegenzuwirken, wurden zehn Divisionen in den Osten verlegt.<sup>81</sup> Gleichzeitig lud Hitler die Außenminister Italiens, Rumäniens und Ungarns zu einer Konferenz nach Wien ein. Der Beginn war für den 29. August 1940 vorgesehen, doch mit dem Achsenpartner wollte man sich bereits am 28. August abstimmen.

---

<sup>77</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt. 10. Juli 1940. In: ADAP D, X, 146-147, Nr. 146.

<sup>78</sup> *Nebelin* 134-135.

<sup>79</sup> *Czettler*: Pál Graf Teleki, 112.

<sup>80</sup> *Macartney* 417-418.

<sup>81</sup> *Hillgruber*: Hitler, 89.

»Diese Wendung hatte ihre Ursache nicht nur in der Unfähigkeit der beteiligten Länder, ihre Differenzen untereinander zu bereinigen, sondern Hitler fürchtete vor allem, die Sowjetunion würde eingreifen, falls Feindseligkeiten zwischen Ungarn und Rumänien ausbrechen sollten.«<sup>82</sup>

Kurz bevor der italienische Außenminister in Deutschland eintraf, arbeitete Fabricius und wenig später auch Ribbentrop einen Vorschlag zur Beilegung der rumänisch-ungarischen Grenzstreitigkeiten aus. Hitler fasste beide Vorschläge zusammen, wodurch er den Umfang des von Rumänien abzutretenden Gebiets drastisch erhöhte. Dies ist nicht nachvollziehbar, denn er bevorzugte im weiteren Kriegsverlauf die rumänische Seite, während er Horthy seit August 1938 misstraute. Wahrscheinlich wollte er einen rumänisch-ungarischen Konflikt in jedem Fall verhindern.<sup>83</sup> Das Treffen mit Ciano unterstrich den Wandel der deutschen Balkanpolitik, weil beschlossen wurde, Ungarn und Rumänien eine deutsch-italienische Karte mit einer endgültigen, nicht mehr anfechtbaren Grenzziehung vorzulegen. Die Aufgabe der beiden Außenminister bestand nun darin, beide Seiten zur bedingungslosen Annahme des Schiedsspruchs zu bewegen. Am 30. August 1940 um 15 Uhr wurde der Schiedsspruch nach Zustimmung der rumänischen und ungarischen Regierung im Goldenen Saal des Palais Belvedere verkündet, woraufhin der rumänische Außenminister Manoilescu in Ohnmacht fiel. Folgende wichtige Städte und Regionen fielen an Ungarn: Großkarol (*Nagykároly, Carei*), Großwardein (*Nagyvárad, Oradea*), Klausenburg (*Kolozsvár, Cluj*), Neumarkt (*Marosvásárhely, Tîrgu Mureş*) und Sathmar (*Szatmárnémeti, Satu Mare*) sowie die Marmarosch und das Szeklerland.<sup>84</sup> Die Angaben schwanken zwischen 42.350 und 45.000 Quadratkilometer, ebenso die Bevölkerungszahl zwischen 2,2 Millionen und 2,6 Millionen. Rumänien verlor 18 Prozent seiner Gesamtbevölkerung, davon 50 Prozent (etwa 1,3 Millionen) Rumänen, rund 38 Prozent (970.000) Ungarn und 2,8 Prozent (72.000) Deutsche.<sup>85</sup> Der Grenzverlauf sollte von einer rumänisch-ungarischen Kommission festgelegt werden, und den rumänischen Einheiten blieben zwei Wochen, um abzuziehen.<sup>86</sup>

Wie wurde der Zweite Wiener Schiedsspruch kurz nach seinem Abschluss bewertet? Die englische Kriegspropaganda bezichtigte Ungarn, eine starsinnige Revisionspolitik zu verfolgen, die nur mit deutscher Unterstützung möglich sei. Das unwahre Gerücht wurde in Umlauf gesetzt, Ungarn habe zwei Drittel Siebenbürgens erhalten.<sup>87</sup> Die englische Außenpolitik reagierte zurückhaltend auf den Wiener Schiedsspruch. Noch im

---

<sup>82</sup> Ebenda, 79.

<sup>83</sup> *Nebelin* 139-141.

<sup>84</sup> *Czettler*: Pál Graf Teleki, 121.

<sup>85</sup> *Christof* 112.

<sup>86</sup> Die genauen Bestimmungen des Zweiten Wiener Schiedsspruches in: ADAP D, X, 479-484, Nr. 413.

<sup>87</sup> *Barker* 64.

August 1940 meinte der britische Gesandte in Budapest, O'Malley, England solle sich gegenüber Ungarn aktiver und wohlwollender verhalten, weil das Land seine Unabhängigkeit bewahren wolle.<sup>88</sup> Premierminister Winston Churchill meinte zum Wiener Schiedsspruch: »Personally I have never been happy about the way in which Hungary was treated after the last war, [...] the result of a dictation by the Axis Powers, imposed on Rumania under duress.«<sup>89</sup> Jugoslawien war zunächst erfreut, dass ein rumänisch-ungarischer Krieg verhindert werden konnte, befürchtete aber, dass Ungarn Anspruch auf das angrenzende jugoslawische Gebiet mit 500.000 Magyaren erheben werde. Belgrad war zu kleineren Gebietsabtretungen bereit, befürchtete aber auch italienische Ansprüche auf das Kosovo und Dalmatien. Die Slowakei, in der seit März 1939 eine antiungarische Propaganda betrieben wurde, forderte von Ungarn ein 2.500 Quadratkilometer großes Gebiet mit 140.000 Einwohnern zurück.<sup>90</sup> Der Zweite Wiener Schiedsspruch beruhigte die Lage keineswegs und beseitigte auch nicht den rumänisch-ungarischen Gegensatz.

Wie wird der Wiener Schiedsspruch und die Politik der Regierung Teleki in der Forschung bewertet? Christof meint, dass die Eingliederung Nordsiebenbürgens negativ auf die Politik Ungarns wirkte, denn diese verpflichtete sich fortan zur bedingungslosen Erfüllung aller deutschen Wünsche. Nordsiebenbürgen war ein Druckmittel des Dritten Reiches, das nun militärische und wirtschaftliche Zugeständnisse von beiden Seiten einfordern konnte.<sup>91</sup> Nach Nebelin war die zunehmende Abhängigkeit Ungarns von Deutschland durch den sich verschärfenden rumänisch-ungarischen Gegensatz bestimmt. Bukarest und Budapest versuchten gleichermaßen, die Gunst Hitlers zu erlangen.<sup>92</sup> Czettler vertritt wie Macartney die Meinung, dass Hitler nicht gezielt auf die Zweiteilung Siebenbürgens hinarbeitete, um die Unzufriedenheit in Ungarn und Rumänien zu schüren. Der Konflikt sei dem Führer ebenso ungelegen gekommen, wie später der italienische Angriff gegen Griechenland. Czettler widerspricht der Ansicht, dass der Zweite Wiener Schiedsspruch Ungarn unwiderruflich an die Seite der Achse führte. Er hält die Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung durch Großbritannien (Mitte Juli 1940) für den eigentlichen Grund für die Verschlechterung der ungarisch-britischen Beziehungen.<sup>93</sup>

Betrachtet man den Zweiten Wiener Schiedsspruch unter dem Gerechtigkeitsaspekt, so ist festzustellen, dass diese Grenzziehung ebenso wenig gerecht war wie der Friedensvertrag von Trianon. Denn Ungarn erhielt ein Gebiet, auf dem über eine Million Rumänen lebten.

---

<sup>88</sup> Ebenda, 65.

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 131.

<sup>91</sup> Christof 113.

<sup>92</sup> Nebelin 149.

<sup>93</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 127, 129.

*Beitritt zum Dreimächtepakt und ungarisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag*

Kurz nach dem Wiener Schiedsspruch wurde sich Ungarn der Folgen der Grenzrevision bewusst. Deutschland setzte die Unterzeichnung eines Protokolls durch, das die Stellung der deutschen Volksgruppe in Ungarn regeln sollte<sup>94</sup> und eine Bedingung für die Unterstützung der ungarischen Revisionsforderungen war.<sup>95</sup> Die deutsche Volksgruppe in Ungarn erhielt eine Sonderstellung, wodurch ein Staat im Staat entstand. Außer dem Volksbund durfte keine weitere deutsche oder deutschsprachige Organisation zugelassen werden. Zudem wurden als Geste gegenüber Berlin inhaftierte Pfeilkreuzler und ihr Führer Szálasi freigelassen, was in liberalen, konservativen und linken Kreisen Ungarns Besorgnis hervorrief. Diese Rechtsradikalen, die nach dem Wiener Schiedsspruch enormen Auftrieb erhielten, forderten eine deutschfreundlichere Politik sowie einen Systemwechsel. Sie wollten Telekis Rücktritt, den aber Horthy verhinderte. Im wirtschaftlichen Bereich erfüllte Ungarn die deutschen Forderungen. Das Agrarabkommen vom 10. Oktober 1940 verpflichtete Ungarn für fünf Jahre, landwirtschaftliche Produkte nach Deutschland zu liefern.<sup>96</sup>

In Rumänien führte der Schiedsspruch zu einer Staatskrise, die erst nach der Niederschlagung einer Revolte der Eisernen Garde, der Abdankung Carols zugunsten seines Sohnes Mihai und der Ernennung Ion Antonescus zum Ministerpräsidenten beendet werden konnte.<sup>97</sup> Der neue „Führer des rumänischen Staates“ (*Conducatorul Statului Român*)<sup>98</sup> bat Hitler um die Entsendung deutscher Lehrtruppen. Während Antonescu sie bei der Reorganisation der rumänischen Armee einsetzen wollte, ging es Hitler hauptsächlich darum, die Ölfelder vor dem Zugriff einer dritten Macht zu schützen. Die am 19. September 1940 beschlossene Entsendung bedurfte noch der Erlaubnis Budapests für den deutschen Durchmarsch über ungarisches Staatsgebiet. Budapest verlangte, dass die Züge das Land nur nachts durchqueren und die deutschen Soldaten die Züge nicht verlassen dürfen. Die Geheimhaltung misslang, und der britische Gesandte in Budapest sprach Csáky am 9. Oktober 1940 auf die Transporte an. Der ungarische Außenminister wich aus und behauptete, es habe sich um friedliche Truppenverlagerungen gehandelt. Die These, Ungarn habe dadurch seine Neutralität bereits aufgegeben, lässt sich widerlegen. Elisabeth Barker zufolge wurde der englische Gesandte von einem unbekanntem Freund, der englische Militärattaché sogar vom ungarischen Abwehrchef über den ge-

---

<sup>94</sup> Dokumente über den Zweiten Wiener Schiedsspruch. Deutsch-ungarisches Protokoll vom 30. August 1940. In: ADAP D, X, 482-484, Nr. 413.

<sup>95</sup> *Tilkovszky* 93-94.

<sup>96</sup> *Czettler*: Pál Graf Teleki, 142.

<sup>97</sup> *Hillgruber*: Hitler, 93-95.

<sup>98</sup> *Ebenda*, 96.

planten deutschen Durchmarsch informiert. »[...] it is a curious position when we maintain relations at all with a government which permits the passage of enemy troops whose object – as the Hungarian military authorities admit – is to establish a base of operations against us in the Middle East. But [...] there is this to be said for the Hungarians, that they have behaved much better to us than have the Rumanians.« Das britische Verständnis reichte sogar soweit, dass man den Gesandten beauftragte, dem Reichsverweser zu übermitteln. »[...] if you see Regent [...] you might point out that although we understand the difficulty of resting German pressure we cannot condone the action of the Hungarian government in permitting German troop movements [...] designed to establish a base of operations against us in the Middle East.«<sup>99</sup> Der britische Gesandte traf am 19. Oktober 1940 mit Horthy zusammen. Dieser erklärte ihm, dass sich Ungarn früher oder später dem Dreimächtepakt anschließen müsse, weil eine deutsche Aufforderung unmöglich zurückgewiesen werden könne. O'Malley, der einen Sympathieverlust Ungarns in London und Washington befürchtete, kommentierte das Gespräch: »[...] this Legation can hope to achieve little more than to keep alive friendship with Britain and admiration for the British way of life.«<sup>100</sup> England wollte jedenfalls keine weiteren deutschen Truppenbewegungen durch Ungarn nach Rumänien tolerieren. Csáky rechtfertigte die Transporte damit, dass sie nicht Ungarn oder Deutschland, sondern Rumänien dienten. Dies sei ein Gefallen, den die ungarische Regierung der rumänischen gerne erweise. Der Generalsekretär des Foreign Office fand diesen Gefallen Ungarns befremdlich, weil beide Länder über Jahre hinweg alles andere als gute Beziehungen zueinander unterhalten hatten. England drohte mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Ungarn, wenn Ungarn deutschen Truppen für Operationen gegen ein mit England befreundetes Land zur Verfügung stehe. Außerdem könne es zu einer englischen Kriegserklärung kommen, wenn deutsche Truppen von Ungarn aus ein mit England verbündetes Land angreifen würden.<sup>101</sup>

Am 27. September 1940 unterzeichneten Deutschland, Italien und Japan den Dreimächtepakt – dem Wortlaut nach ein Defensivbündnis. Sie wollten damit den Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg gegen die Achsenmächte verhindern.<sup>102</sup> Der ungarische Gesandte in Berlin, Sztójay, traf sich bereits am 28. September 1940 mit Staatssekretär von Weizsäcker, um die Bedingungen für einen ungarischen Beitritt auszuloten. Weizsäcker teilte ihm mit, dass es sich hierbei nicht um einen offenen Vertrag handle und die Aufnahme weiterer Mitglieder nicht vorgesehen sei. Mitte Oktober änderte sich jedoch diese Haltung. In der Forschung

---

<sup>99</sup> *Barker* 65.

<sup>100</sup> *Ebenda*, 66.

<sup>101</sup> *Macartney* I, 464.

<sup>102</sup> *Hillgruber*: *Die Zerstörung*, 174-175.

herrscht über diesen Sinneswandel weitgehend Ratlosigkeit. Macartney geht davon aus, dass er mit der Entsendung der deutschen Lehrtruppen zusammenhängen konnte, da die deutsche Truppenpräsenz von der Sowjetunion misstrauisch beobachtet wurde, so dass sie nach Hitlers Meinung eine völkerrechtliche Legitimation erhalten sollte.<sup>103</sup> Hillgruber erwähnt in diesem Zusammenhang nur den Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt am 25. November 1940.<sup>104</sup>

Ribbentrop setzte den ungarischen Gesandten davon in Kenntnis, dass man nichts mehr gegen einen Beitritt Ungarns einzuwenden habe. Nach Cianos Tagebucheintrag vom 10. Oktober 1940 begründete er dies damit, dass man im Kampf gegen England niemand zurückstoßen dürfe.<sup>105</sup> Der Sinn dieser Aussage ist jedoch nicht nachvollziehbar, weil sich der Dreimächtepakt nicht gegen Großbritannien, sondern einen Drittstaat, hauptsächlich gegen die Vereinigten Staaten, richtete. Budapest wurde nach einer Unterredung zwischen Ribbentrop und Sztójay vom 12. Oktober 1940 vorsichtiger, weil der deutsche Außenminister Ungarn bei einem Angriff eines Dritten Schutz versprach, aber gleichzeitig die ungarische Kriegserklärung forderte, falls ein Unterzeichnerstaat von einem Drittland angegriffen würde. Dies wäre gleichbedeutend mit der Aufgabe der Neutralität gewesen. Die ungarische Regierung realisierte diese Gefahr und verzögerte die Verhandlungen, worüber das Berliner Auswärtige Amt sehr ungehalten war. Ein schneller Beitritt Ungarns zum Dreimächtepakt war vorerst nicht möglich. Der italienische Angriff gegen Griechenland ab dem 28. Oktober 1940 drohte die Pläne Hitlers, auf dem Balkan Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, zum Scheitern zu bringen. Angesichts des heftigen griechischen Widerstandes und Vorstoßes in den südalbanschen Raum begann er umgehend mit Jugoslawien, Bulgarien und der Türkei zu verhandeln, um so den Kriegseintritt weiterer Staaten auf griechischer Seite zu verhindern.<sup>106</sup> Das Scheitern der italienischen Offensive und vor allem die Landung englischer Truppen auf Kreta erhöhten die Wahrscheinlichkeit, dass die Alliierten Luftangriffe auf die rumänischen Ölfelder um Ploiești fliegen würden. Hitler plante einen deutschen Vorstoß von Rumänien aus über Bulgarien nach Nordgriechenland, wofür die deutsche Heeresmission in Rumänien entsprechend verstärkt werden sollte. Dem Duce teilte er mit: »Da es einen wirksamen Schutz eines Petroleumgebietes nicht gebe, sei die Lage militärisch gesehen drohend, wirtschaftlich gesehen, soweit es sich um das rumänische Petroleumgebiet handle, geradezu unheimlich. [...] Ungarn muss einwilligen in den sofort anlaufenden Transport größerer deutscher Verbände nach Rumänien. Rumänien wird diese Vermehrung der deutschen Streitkräfte zu seinem eigenen Schutz akzep-

---

<sup>103</sup> *Macartney* I, 441.

<sup>104</sup> *Hillgruber*: Hitler, 113.

<sup>105</sup> *Ciano* 278.

<sup>106</sup> *Fabry* 36-70.

tieren.«<sup>107</sup> Der Beitritt Ungarns, Rumäniens und der Slowakei zum Dreimächtepakt musste also warten, bis Deutschland die Lage in Griechenland stabilisiert hatte. Die ungarische Öffentlichkeit wurde über den geplanten Beitritt nur dürftig informiert, und auch im Abgeordnetenhaus deutete Csáky am 13. November 1940 nur an, die Beziehungen zu den Achsenmächten intensivieren zu wollen. Sieben Tage später unterzeichneten Teleki und Csáky in Wien den Beitritt zum Dreimächtepakt, Rumänien folgte am 23. November, die Slowakei am 24. November.<sup>108</sup>

Für Ungarn hatte der Beitritt weitreichende Konsequenzen. Budapests einzige Verpflichtung bestand darin, beim Angriff eines noch nicht kriegführenden Staates auf einen Vertragspartner Hilfe zu leisten, wie der Artikel 3 festhielt: »Deutschland, Italien und Japan [...] übernehmen ferner die Verpflichtung, sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln gegenseitig zu unterstützen, falls einer der drei vertragschließenden Teile von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist.«<sup>109</sup> Der deutsche Angriff gegen die Sowjetunion und der japanische Überfall auf Pearl Harbor erforderten also keine ungarische Kriegserklärung an die Sowjetunion oder die Vereinigten Staaten von Amerika. Außer der Tatsache, dass Ungarn mit der Unterzeichnung das Dritte Reich von einer Einmischung in seine inneren Angelegenheiten abhalten konnte, hatte Budapest keine Vorteile. Einige politische Gruppierungen Ungarns, zum Beispiel die Monarchisten, Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten sowie Kleinlandwirte, waren von Telekis Politik tief enttäuscht, weil sie der Meinung waren, dass Ungarn seine Außenpolitik nicht mehr eigenständig gestalten könne. In einer Rede erläuterte Teleki aber seine Absicht, die Politik der Unabhängigkeit weiter fortführen zu wollen.<sup>110</sup> Ein von Deutschland nach Unterzeichnung des Dreimächtepaktes vorgelegtes Geheimprotokoll, das die Gleichschaltung der ungarischen Presse nach sich gezogen hätte, lehnten Teleki und Csáky ab; es zeigte aber die Tendenzen, mit denen sich Ungarn in den kommenden Jahren auseinandersetzen musste, um seine Unabhängigkeit zu bewahren. Großbritannien reagierte relativ verständnisvoll auf den ungarischen Beitritt. Man erkannte das Dilemma der ungarischen Politiker, die sich dem Dreimächtepakt anschließen mussten, um die Unabhängigkeit des Landes zu wahren. Die traditionelle britisch-ungarische Freundschaft sei, so der Generalsekretär des Foreign Office, durch den ungarischen Beitritt in keiner Weise gefährdet.<sup>111</sup>

---

<sup>107</sup> Zitiert nach *Hillgruber: Hitler*, 112-113.

<sup>108</sup> *Czettler: Pál Graf Teleki*, 157.

<sup>109</sup> Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 27. September 1940. In: ADAP D, XI, 175-176, Nr. 118.

<sup>110</sup> *Macartney I*, 443, Anm. 3.

<sup>111</sup> *Czettler: Pál Graf Teleki*, 163.

Aber Ungarn wich durch diesen Beitritt von seiner bis dahin verfolgten Neutralitätspolitik ab, so dass die Gefahr bestand, dass es aktiv in den europäischen Krieg einbezogen wird. Weder Teleki noch die ungarische Öffentlichkeit waren sich dieser Gefahr bewusst. Der Ministerpräsident war der Meinung, er könne im Falle des *casus foederis* über die Art der Solidarität entscheiden. Eine Ablehnung des Beitritts hätte aber ebenso weitreichende Folgen gehabt, wie der Fall Jugoslawien im Frühjahr 1941 zeigte, der die Auswirkungen des deutschen Drucks auf ein bis dahin unabhängiges Land verdeutlicht. István Bethlen kann nur zugestimmt werden, wenn er den Beitritt zum Dreimächtepakt als den ersten verhängnisvollen Fehler der ungarischen Politik bezeichnet. Als Gegenbeispiel führt er Finnland an, das dem Pakt fernblieb und bis Kriegsende die diplomatischen Beziehungen zu den USA aufrechterhielt.<sup>112</sup> Dieses Gegenbeispiel ist nach Ansicht des Verfassers – aber auch Czettlers<sup>113</sup> – wenig überzeugend, da sich Finnland in einer anderen geopolitischen Situation befand.

Ungarns geostrategische Lage war alles andere als günstig, denn es war mittlerweile vom Dritten Reich und von dessen Verbündeten, Rumänien<sup>114</sup> und der Slowakei umgeben, während es im Nordosten an die kommunistische Sowjetunion grenzte. Jugoslawien war, obwohl zwischen Belgrad und Bukarest durch die Kleine Entente und den Balkanpakt ein doppeltes Bündnisverhältnis bestand, für Ungarn »das einzige offene Fenster zur Außenwelt«.<sup>115</sup> Zwar hatte Budapest auch gegenüber Jugoslawien territoriale Forderungen, diese waren aber im Vergleich zu jenen gegenüber Rumänien und der ehemaligen Tschechoslowakei eher geringfügig. Rumänien kündigte am 3. Oktober 1940 die Kleine Entente sowie den Balkanpakt auf, wodurch Jugoslawien seine außenpolitische Entscheidungsfreiheit zurückerlang. Eine Verbesserung der jugoslawisch-ungarischen Beziehungen war nun auch im Sinne Belgrads, weil einerseits Italien auf die Zerschlagung des Vielvölkerstaates hinarbeitete, andererseits Bulgarien sich Makedonien einverleiben wollte.<sup>116</sup> Ungarn versuchte daher Anfang Oktober mit Jugoslawien Verhandlungen zu beginnen und sie schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Das Mandat des ungarfreundlichen Paul endete nämlich im September 1941, und Budapest befürchtete, der junge König Peter würde in Abhängigkeit von großserbischen Kreisen gelangen, die einen ungarisch-jugoslawischen Ausgleich verhindern könnten. Die ju-

---

<sup>112</sup> Bethlen 10.

<sup>113</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 165.

<sup>114</sup> Rumänien war noch kein Satellit des Dritten Reiches, verfolgte aber nach Antonescus Machtübernahme eine derart deutschfreundliche Politik, dass seine außenpolitische Unabhängigkeit zweifelhaft war (vgl. Hillgruber: Hitler, 89-104).

<sup>115</sup> AHHM 74.

<sup>116</sup> Macartney I, 446.



goslawische Seite schlug einen Bevölkerungsaustausch vor,<sup>117</sup> während Ungarn die Rückgabe des Baranya-Dreiecks, des Mur-Gebietes sowie der Batschka bis zum Franz-Joseph-Kanal forderte.<sup>118</sup> Grundsätzlich war die jugoslawische Regierung zu territorialen Zugeständnissen bereit, doch wollte sie einen Schneeballeffekt verhindern, der Italien und Bulgarien zur Abtretung größerer Gebiete ermuntert hätte. Der italienische Überfall auf Griechenland beendete vorerst die jugoslawisch-ungarischen Verhandlungen. Für das Dritte Reich war die Haltung Jugoslawiens interessant, weil seine achsenfreundliche Politik Grundvoraussetzung für einen Einsatz der Wehrmacht auf dem Balkan war. Berlin forderte auch Bulgarien auf, dem Dreimächtepakt beizutreten, um deutschen Truppen als Aufmarschgebiet gegen Griechenland zu dienen, unterstützte aber auch die ungarischen Versuche, einen Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien abzuschließen, wodurch sich der südslawische Staat der Achse weiter angenähert hätte. Nach den Niederlagen an der griechischen Front versuchte auch Italien, sein Verhältnis zu Jugoslawien zu konsolidieren. Nach Ungarns Beitritt zum Dreimächtepakt wurden die Verhandlungen zwischen Belgrad und Budapest erneut aufgenommen. Hitler traf mit dem jugoslawischen Außenminister Aleksandar Cincar-Marković am 28. November 1940 auf dem Berghof zusammen und versicherte ihm, Deutschland sei an einem starken Jugoslawien interessiert. Cincar-Marković wurde aufmerksam, als Hitler sich über die Territorialforderungen Bulgariens und Ungarns äußerte. »Man müsse sich allerdings darüber klar sein, dass eine Konsolidierung ohne Korrekturen nicht möglich sei. So müssten gewisse bulgarische Forderungen befriedigt werden. [...] nach der Bedeutung der Korrekturen zu Gunsten Bulgariens erwiderte der Führer, dass die Korrekturen für Bulgarien auf Kosten Griechenlands erfolgen müssten. Ungarn sei durch die jüngsten Gebietserweiterungen gesättigt wie eine Boa constrictor. Es habe sogar schon starke Magenbeschwerden und müsse sich mit der Judenfrage und den sozialen Problemen im Innern auseinandersetzen. [...] Andererseits habe Italien militärische Bedenken dagegen, dass ihm in dem Adriatischen Binnenmeer eine andere Macht gewissermaßen militärisch zum Fenster hereinsche. Wenn daher Jugoslawien einen anderen Ausgang zum Meer in Saloniki bekäme, so würde dies eine Entspannung der Lage in der Adria herbeiführen. [...] Zwischen Italien und Deutschland einerseits und Jugoslawien andererseits könnte ein Nichtangriffspakt abgeschlossen werden.«<sup>119</sup>

Die deutsche Offerte wurde in Belgrad verhandelt, doch war die jugoslawische Haltung in den kommenden Wochen für das Dritte Reich sehr

---

<sup>117</sup> In Jugoslawien lebten 500.000 Magyaren, in Ungarn nur 200.000 Südslawen, weshalb Belgrad die Ansiedlung von 300.000 Ruthenen aus Ungarn in Jugoslawien vorschlug (Czettler: Pál Graf Teleki, 166).

<sup>118</sup> Ebenda.

<sup>119</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt. 29. November 1940. In: ADAP D, XI/2, 612-613, Nr. 417.

zwiespältig. Man erhielt Informationen, wonach Jugoslawien gemeinsam mit der Türkei bereit wäre, gegen einen bulgarischen Angriff auf Griechenland vorzugehen.<sup>120</sup> Die deutsche Reaktion auf einen ungarisch-jugoslawischen Vertrag ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Deutschland hielt den Abschluss eines bilateralen Vertrages zwischen beiden Ländern für übertrieben, während Jugoslawien durch bilaterale Verträge einem Beitritt zum Dreimächtepakt zu entkommen hoffte. Budapest erarbeitete am 5. Dezember 1940 den Entwurf eines Freundschaftsvertrages und sandte ihn dem deutschen und dem italienischen Außenministerium zu. Ciano äußerte dazu: »Pour ce qui nous concerne un accord entre Budapest et Belgrade est bien vu á tout moment.«<sup>121</sup> Ribbentrop antwortete am 9. Dezember 1940 zurückhaltend, gab aber die Hoffnung auf einen jugoslawischen Beitritt zum Dreimächtepakt nicht auf. Er meinte, »[...] dass nach unserem Dafürhalten der Entwurf wohl alles enthalte, was in diesem Falle zu sagen sei.«<sup>122</sup>

Hitler konnte mit diesem Vertrag nicht einverstanden sein, weil er die eigenständige jugoslawische Politik gewährleistete. Die letzten Tage bis zur Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages waren vom deutschen Misstrauen begleitet. Am 12. Dezember 1940 unterzeichneten Ungarn und Jugoslawien den Vertrag, der den Ländern ständigen Frieden und immerwährende Freundschaft sichern sollte.<sup>123</sup> Ungarn schloss sich ihm ab, weil es sein Interesse an einer unabhängigen Außenpolitik untermauern wollte, aber eine gegen die Achse gerichtete Politik war ihm nicht mehr möglich, sie hätte den politischen Selbstmord Budapests bedeutet. Belgrad hingegen unterrichtete Ungarn nicht über die Differenzen, die es mit dem Dritten Reich hatte. Nach Macartney versäumte es die ungarische Regierung, die Klausel *rebus sic stantibus*<sup>124</sup> aufzunehmen. Töricht war die Betonung des deutschfeindlichen Charakters des Vertrages, den die ungarische Seite gegenüber britischen Diplomaten betonte, denn Großbritannien glaubte den Beteuerungen, was sich nach dem Bruch der ungarisch-jugoslawischen Beziehungen für Budapest als verhängnisvoll erwies. In Berlin wurde der Abschluss des Paktes eher kühl aufgenommen. Parallel dazu gab es einen den ungarischen Politikern unbekanntem deutsch-jugoslawischen Notenwechsel, in dem Jugoslawien dem Dritten Reich vorschlug, gemeinsam mit Italien einen Nichtangriffspakt abzuschließen; den Beitritt zum Drei-

---

<sup>120</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Belgrad, 25. November 1940. In: ADAP D, XI/2, 588-589, Nr. 397.

<sup>121</sup> DIMK V, 769, Nr. 508.

<sup>122</sup> Reichsaußenminister – Gesandtschaft in Budapest. Berlin, 9. Dezember 1940. In: ADAP D, XI/2, 687, Nr. 478.

<sup>123</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 173.

<sup>124</sup> Diese Klausel besagt, dass die Erfüllung eines Vertrages nicht mehr gewährleistet ist, wenn die Umstände, unter denen er geschlossen wurde, sich grundlegend verändert haben. Budapest ging davon aus, dass Belgrad bei Vertragsabschluss gute Beziehungen zum Dritten Reich hatte. Der Staatsstreich vom März 1941 führte jedoch zu einer grundsätzlichen Veränderung dieser Situation (*Macartney I*, 452-453).

mächtepakt lehnte Belgrad letztlich aber ab.<sup>125</sup> Der Reichsaußenminister wies diesen Vorschlag wütend zurück, weil es nicht der Vereinbarung vom Berghof entspreche. Der jugoslawische Außenminister antwortete darauf, dass man nach Abschluss eines Nichtangriffspaktes über den Beitritt zum Dreimächtepakt verhandeln könne.<sup>126</sup> Berlin verstimmte aber auch die anglophilen Kreise in Ungarn, wo neben den westlich orientierten Tageszeitungen ‚Magyar Nemzet‘ (*Ungarische Nation*) und ‚Népszava‘ (*Volksstimme*) auch Monarchisten, Konservative, Liberale, Kleinlandwirte und Sozialdemokraten den Abschluss des Freundschaftsvertrages begrüßten, während die rechtsradikalen Parteien ihn ablehnten. Teleki konnte mit diesem Vertrag seine Popularität zurückgewinnen, die er nach dem Beitritt zum Dreimächtepakt verloren hatte. Mit ihm versuchte er bis zu seinem tragischen Tod, die Abhängigkeit von der Achse weiter auszubalancieren.

#### *Telekis Tod als Reaktion auf Ungarns begrenzten politischen Spielraum*

Der Freundschaftsvertrag sollte nach Telekis Meinung die Verbindung zu Großbritannien weiter erhalten, was sich jedoch als schwieriges Unterfangen erwies, weil der deutsche Druck auf die ungarische Außenpolitik weiter zunahm. Der ungarische Ministerpräsident hoffte auf ein wohlwollendes Verhalten Englands nach Kriegsende. Das britische Foreign Office brachte auch Verständnis für Ungarn und dessen Anschluss an die Achsenmächte auf, die Presse hingegen nicht. In einer britischen Tageszeitung wurde im Dezember 1940 eine Stellungnahme des tschechoslowakischen Exilpräsidenten Beneš veröffentlicht. »Die britische Regierung gab eine Erklärung ab, wonach sie bezüglich der mitteleuropäischen Grenzen an keine Verpflichtungen gebunden sei. Dieser Vorbehalt betrifft nicht nur uns [die tschechische Exilregierung, J. M. Z.], sondern auch Polen, Ungarn, Rumänien und die übrigen mitteleuropäischen Staaten. In einer vom 11. November datierten offiziellen Erklärung sicherte uns die britische Regierung ausdrücklich zu, dass sie die Grenzen von München nicht anerkenne und für sich als nicht verpflichtend betrachte.«<sup>127</sup> Daraufhin verlangte der ungarische Gesandte eine Aussprache mit dem Generalsekretär des Foreign Office. Sir Alexander Cadogan versicherte, Beneš habe nur seine eigene, subjektive Sicht der Dinge geäußert. Obwohl Großbritannien die tschechische Exilregierung anerkannt habe, bedeute dies nicht, dass man deshalb auch die Grenzen von 1937 anerkenne. Am 28. Dezember 1940 teilte Cadogan dem ungarischen Gesandten mit, dass der Wiener Schieds-

---

<sup>125</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Belgrad, 7. Dezember 1940. In: ADAP D, XI/2, 672, Nr. 467.

<sup>126</sup> ADAP D, XI/2, 551, Nr. 549, 551.

<sup>127</sup> *Macartney* I, 464.

spruch nicht in der dem Münchener Abkommen beigelegten Erklärung<sup>128</sup> gefällt worden sei. Für den Wiener Schiedsspruch übernehme Großbritannien keine Verantwortung. Der ungarische Gesandte György Barcza antwortete ihm mit den Worten des damaligen Premiers Chamberlain, der die im November 1938 gezogenen Grenzen akzeptiert und völkerrechtlich anerkannt hatte. Das Foreign Office vertrat nun aber die Meinung, dass die ungarische Besetzung der Karpato-Ukraine nicht mit dem Wiener Schiedsspruch vereinbar sei. Damals war Großbritannien froh gewesen, dass dieses Gebiet nicht in deutsche Hände gefallen war. Der britische Sinneswandel ist mit der Umbesetzung des Außenministeriums zu erklären. Lord Halifax wurde durch Anthony Eden ersetzt und damit der letzte Vertreter der *Appeasement-Politik* aus Churchills Kabinett entfernt. Schon am 7. Februar 1941 machte Eden dem ungarischen Gesandten Vorhaltungen wegen der deutschen Truppentransporte durch Ungarn, die das schwierigste Problem der britisch-ungarischen Beziehungen darstellten. Wegen des geplanten deutschen Vorgehens gegen Griechenland sollten die in Rumänien stationierten deutschen Truppen verstärkt werden, und nach dem ungarischen Beitritt zum Dreimächtepakt bat Ribbentrop den ungarischen Außenminister, die Transportkapazitäten zu erhöhen. Ein deutsch-ungarisches Abkommen vom 18. Januar 1941 sollte den weiteren Transport deutscher Rüstungsgüter regeln.<sup>129</sup>

Zehn Tage nach Abschluss dieses Abkommens traf in Budapest ein Bericht des ungarischen Gesandten in London ein, der die Perzeption Ungarns in der britischen Öffentlichkeit wiedergab. Laut Barcza gab es in England zwei Gruppen mit unterschiedlichen Auffassungen. Die erste Gruppe sei der Meinung, dass Ungarn bis Herbst 1940 geschickt agiert habe, um seine Neutralität und Unabhängigkeit zu bewahren. Doch mit dem Beitritt zum Dreimächtepakt und den deutschen Truppentransporten habe Ungarn die Sympathien verloren, so dass es nach einem alliierten Sieg – anders als Rumänien – als Feind behandelt werden solle. Die positive Haltung gegenüber Rumänien werde damit begründet, dass das Land von deutschen Truppen besetzt worden sei und nach Absetzung des Königs eine illegitime Diktatur erhalten habe.<sup>130</sup> Die zweite Gruppe wolle Ungarn nach einem alliierten Sieg milde behandeln, weil es angesichts seiner geopolitischen Lage lange genug Widerstand geleistet habe. Großbritannien

---

<sup>128</sup> Dort hieß es: »Die Regierungschefs der vier Mächte erklären, dass das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei, sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird, den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte bilden wird.« Aufzeichnung des Legationsrats Erich Kordt über die zweite Besprechung zwischen dem britischen und dem französischen Premierminister, Mussolini und Hitler. München, 29. September 1938. In: ADAP D, II/2, 814, Nr. 674.

<sup>129</sup> Hillgruber: Hitler, 115.

<sup>130</sup> Hier gingen sie von falschen Annahmen aus, denn König Carol selbst – wie später auch Antonescu – hatte die deutschen Truppen ins Land gerufen.

bedauere, die Neuregelung des Trianoner Vertrages den Achsenmächten überlassen zu haben und betrachte Ungarn als eine Nation von Gentlemen. Czettler kritisiert diesen Bericht, weil er beide Gruppen unscharf voneinander abgrenzte. Nach seiner Ansicht übertrieb Barcza die negative öffentliche Meinung, um Ungarn von einer weiteren Annäherung an die Achse abzuhalten.<sup>131</sup>

Als Barcza seinen Bericht nach Budapest sandte, wurde gerade die Nachfolge des nach einer Erkältung verstorbenen Außenministers Csáky geregelt. Auf Empfehlung Telekis ernannte der Reichsverweser am 27. Januar 1941 den ungarischen Gesandten in Bukarest, László Bárdossy, der diesen Posten am 4. Februar 1941 Posten antrat. Er verfolgte eine Außenpolitik im Sinne Telekis, die mit Zugeständnissen an das Deutsche Reich die Machtergreifung rechtsradikaler Parteien und Gruppen vermeiden wollte. Die Motivation der beiden Politiker unterschied sich jedoch in zwei wesentlichen Punkten. Im Gegensatz zu Teleki glaubte Bárdossy, dass Deutschland den Krieg nicht verlieren werde. Außerdem war er der Meinung, dass man dem stärker werdenden Einfluss der Beneš-Gruppe auf die englische Politik wenig entgegenzusetzen habe.<sup>132</sup>

Die deutsch-jugoslawischen Differenzen waren der ungarischen Regierung Ende Januar 1941, im Gegensatz zu jenen vom November 1940, bekannt. Budapest war auch darüber informiert, dass Belgrad bei einem deutschen Durchmarsch Widerstand leisten würde. Um einer Eskalation vorzubeugen, lud Hitler den jugoslawischen Ministerpräsidenten Dragisă Cvetković und Außenminister Cincar-Marković zu einer Besprechung auf den Berghof ein. Vorab kam es zu einem Treffen mit Ribbentrop, der den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt forderte, während die jugoslawischen Politiker die Gründung einer Balkanföderation, bestehend aus Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn und der Türkei, erwogen. Auch Hitler drängte auf den Beitritt zum Dreimächtepakt und bot dafür erneut Saloniki an. Beide Seiten vereinbarten, dass sich Hitler mit Prinzregent Paul treffen sollte, um die Verhandlungen fortzuführen.<sup>133</sup> Ungarn ging von einer positiven Wende der deutsch-jugoslawischen Beziehungen aus, wurde aber durch den britischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rumänien zutiefst beunruhigt. Großbritannien monierte das starke deutsche Truppenkontingent in Rumänien und warnte vor der Stationierung deutscher Truppen in einem anderen Land.<sup>134</sup>

Der Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt am 1. März 1941 und der von Sofia gewünschte Einmarsch deutscher Truppen in das Land<sup>135</sup> ver-

---

<sup>131</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 188-189.

<sup>132</sup> Macartney I, 465-467.

<sup>133</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt. 15. Februar 1941. In: ADAP D, XII/1, 65-72, Nr. 47.

<sup>134</sup> Czettler: Pál Graf Teleki, 193-198.

<sup>135</sup> Fabry 152.

deutlichten Teleki, dass sein Kampf für die Unabhängigkeit Ungarns scheitern muss. Seine Denkschrift vom 3. März 1941 sollte den westlichen Alliierten eine bevorstehende Wende der ungarischen Außenpolitik ankündigen. Rückblickend kann man sie als sein politisches Testament betrachten:

»Hauptaufgabe der ungarischen Regierung in diesem europäischen Krieg ist es, Ungarns militärische, materielle und völkische Kraft bis zum Ende des Krieges zu erhalten. Um jeden Preis müssen wir uns von einer Teilnahme am Konflikt fernhalten. Der Ausgang des Krieges ist zweifelhaft. [...] Ungarn bedrohen oder können die verschiedensten Gefahren bedrohen. Die russische Gefahr, die besonders im Falle einer Niederlage Deutschlands auf die Slowakei übergreifen und sich bis Pozsony, die gesamte ungarische Nordgrenze entlang zeigen wird. – Die rumänische Gefahr. Die Äußerungen, Haltung und Atrozitäten der Rumänen sind ein Beweis dafür, daß sie Ungarns eventuelle Schwäche unbedingt zu einem Einfall nutzen würden, das Blutvergießen, das daraus entstehen würde, zeigen das Verhalten der Rumänen und ihre eigene Revolution deutlich. Die allgemeine kommunistische Gefahr, die diesen ganzen Teil Europas, in dem auch Ungarn liegt, berühren kann. [...] Und endlich – wenn wir auch heute mit den Jugoslawen gut stehen und unsere Freundschaft immer stärker wird, nicht zuletzt deshalb, weil sie in uns eine freundschaftliche und auch sie unterstützende Kraft sehen, beim Zusammenbruch dieser Kraft könnten auch ihnen verschiedene Gedanken kommen. [...]

Daß diese Aufgabe nur durch entsprechendes Lavieren gelöst werden kann, durch Taktik, durch gewisse Konzessionen, deren Grenzen durch unsere Souveränität gegeben sind, die weder berührt noch verletzt werden dürfte, ist klar. [...]

Die andere Hauptaufgabe der ungarischen Regierung ist, das Nationalgefühl des Ungarntums und damit im Zusammenhang seine Freiheitsliebe, seine Opferbereitschaft für die Wahrung seiner Unabhängigkeit, die Wahrung unseres nationalen Denkens gegen jede fremde Idee aufrechtzuerhalten. [...]

Die Großmächte vertiefen sich leider nicht in die Beurteilung der Lage und Umstände der Kleineren. Sie erwarten von den verschiedenen kleinen Staaten dasselbe und fordern dasselbe ohne Bedacht auf die Verschiedenheit der Situation. Und sie ziehen nicht in Betracht, daß auch diese kleinen Staaten ein eigenes Leben, eigene Interessen haben und daß sie, wenn sie nicht der Diener des einen Staates sein wollen, auch nicht der des anderen sein wollen. Als der englische Gesandte im vergangenen Sommer [...] den ungarischen Ministerpräsidenten darauf aufmerksam machte, daß, wenn die Deutschen durch Ungarn gegen Rumänien marschieren würden, sie einen Staat angriffen, dem England garantiert habe, hat der Ministerpräsident das deshalb außergewöhnlich übel genommen, weil er darin eine Geringschätzung Ungarns erblickte, daß die Engländer unsere besondere Lage nicht in Betracht zogen, und als Ministerpräsident eines kleinen

Staates kränkte ihn diese Behandlungsweise [...]. Als Deutschland auf dem Höhepunkt seines Sieges über Polen das damals noch viel schwächere Ungarn um die Zustimmung zum Durchmarsch deutscher Truppen gegen Polen ersuchte, hat Ungarn dies abgelehnt. Es hat dies abgelehnt, obwohl sich die polnische Regierung nicht übermäßig ungarnefreundlich gezeigt hatte, es hat deshalb abgelehnt, weil zwischen der ungarischen und der polnischen Nation alte historische Verbindung und Sympathie bestanden. [...] Wenn jemand Ungarn darum ersucht hätte, gegen Jugoslawien, Bulgarien, die Türkei keine Truppen auf- oder durchmarschieren zu lassen, das hätte Ungarn verstanden [...]. Wenn Ungarn aber darum ersucht wird, den Durchmarsch von Truppen gegen Rumänien nicht zu gestatten [...], so stellt das eine ungeheure Verkennung der Lage Ungarns und der ungarischen Nation dar, [...] denn es gibt keinen einzigen Ungarn, der Rumänien ganz gleich gegen wen, mit seinem Leib schützen würde.«<sup>136</sup>

Teleki klagte damit das intransigente Verhalten Englands und der Vereinigten Staaten an, die die kleinen Staaten zum Widerstand gegen das damals übermächtige Dritte Reich aufriefen. Er versuchte aber auch, die Andersartigkeit Ungarns in einem totalitär beherrschten Europa herauszustellen, um die westlichen Alliierten positiv zu beeinflussen. Am 14. März 1941 teilte Teleki Eden mit, dass Ungarn unter seiner Führung dem Dritten Reich keine militärische Unterstützung gewähren wolle. Eden warnte die ungarische Führung davor, weiterhin den Durchmarsch deutscher Truppen zu gestatten oder sich an einer Aggression gegen ein mit England befreundetes Land zu beteiligen.<sup>137</sup> Bereits am 5. März 1941 traf sich Hitler mit dem jugoslawischen Prinzregenten Paul auf dem Berghof und versicherte ihm, dass die Unabhängigkeit Jugoslawiens gewährleistet sei, aber eine Ablehnung des Beitritts zum Dreimächtepakt als unfreundlichen Akt betrachtet werde.<sup>138</sup> Budapest erfuhr am 13. März 1941 von diesem Treffen und war wegen der deutschen Garantie der jugoslawischen Grenzen beunruhigt. Dies widersprach der Klausel über eine friedliche Grenzrevision im Freundschaftsvertrag zwischen Ungarn und Jugoslawien. Die Reichsregierung stellte jedoch klar, dass man die jugoslawischen Grenzen nur respektieren, aber nicht garantieren wolle. Bárdossy reiste am 21. März 1941 zu seinem Antrittsbesuch nach Deutschland, um sich mit Hitler und Ribbentrop zu treffen. Diese informierten den ungarischen Außenminister über den geplanten Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt und baten ihn um eine Verbesserung der ungarisch-rumänischen Beziehungen.<sup>139</sup> Zeitgleich sprach sich der jugoslawische Kronrat mit zehn zu drei Stimmen bei

---

<sup>136</sup> AHHM 289-291, Nr. 93.

<sup>137</sup> *Macartney* I, 470.

<sup>138</sup> Reichsaußenminister – Belgrader Gesandtschaft. 7. März 1941. In: ADAP D, XII/1, 190-191, Nr. 130.

<sup>139</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt. 23. März 1941. In: ADAP D, XII/1, 273-276, Nr. 191.

fünf Enthaltungen für den Beitritt zum Dreimächtepakt aus.<sup>140</sup> Am 25. März 1941 unterzeichneten der jugoslawische Ministerpräsident und sein Außenminister in Wien die Beitrittsurkunde. Die Achsenmächte verzichteten auf Truppen- und Rüstungstransporte durch jugoslawisches Territorium und sicherten Belgrad nach Abschluss des Griechenland-Feldzuges die Hafencity Saloniki zu.<sup>141</sup>

Als beide jugoslawischen Politiker nach Belgrad zurückkehrten, herrschte dort bereits der Belagerungszustand. Beide wurden verhaftet, der Prinzregent stand unter Hausarrest. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Dušan Simović, erklärte den 17jährigen Peter II., Sohn des 1934 ermordeten Alexander, zum König und übernahm selbst das Amt des Ministerpräsidenten. Obwohl England über die jugoslawische Reaktion erfreut war und ein Bündnis anbot, teilte Simović mit, dass dieser Putsch nichts an der deutschfreundlichen Haltung Jugoslawiens ändern werde.<sup>142</sup> Bei einer Besprechung am 27. März 1941 über die Lage in Jugoslawien gab Hitler bekannt, dass er »Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen«<sup>143</sup> beabsichtige. Aus seiner am Abend jenes Tages unterzeichneten Weisung Nr. 25 geht hervor, dass er mit der passiven und auch aktiven Unterstützung Ungarns und Bulgariens rechnete: »Durch die Aussicht auf Zurückgewinnung des Banats und von Mazedonien wird versucht, Ungarn und Bulgarien für die Teilnahme an den Operationen zu gewinnen.«<sup>144</sup> Obwohl der Feldzug bereits beschlossen war, betonte Hitler gegenüber Ungarn seinen Friedenswillen und versuchte, die militärische Beteiligung Budapests damit erwirken, dass er Ungarn die Batschka und das Banat nach der Niederlage Jugoslawiens versprach.<sup>145</sup> Horthy war zunächst glücklich über die Vorschläge, doch Teleki und Bárdossy machten ihn auf die Folgen aufmerksam, die eine Beteiligung an einem von Deutschland geführten Jugoslawien-Feldzug in der Weltöffentlichkeit nach sich ziehen würde. Der Reichsverweser dankte Hitler in einem Brief für die angebotenen Territorien, versicherte ihm seine Treue und Freundschaft zum Dritten Reich, versuchte aber auch, die Passivität Ungarns zu entschuldigen: »Die Beobachtung der Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in Jugoslawien abgespielt haben, weisen darauf, dass sich Jugoslawien ohne gewissen russisch-sowjetischen Einfluss kaum zu diesem Schritt verirrt hätte.

---

<sup>140</sup> Der britische Außenminister bevollmächtigte den Gesandten in Belgrad, alles zu unternehmen, um den Beitritt Jugoslawiens zu verhindern. Der Staatsstreich vom 27. März 1941 soll vom englischen Geheimdienst gefördert beziehungsweise organisiert worden sein. Die drei Minister, die gegen den Dreimächtepakt gestimmt haben, wurden angeblich vom englischen Geheimdienst bezahlt (*Barker* 92).

<sup>141</sup> ADAP D, XII/1, 291-298, Nr. 205, 206, 207, 208.

<sup>142</sup> *Barker* 93.

<sup>143</sup> Aufzeichnung des Majors Christian. 27. März 1941. In: ADAP D, XII/1, 308, Nr. 217.

<sup>144</sup> *Hubatsch* 106.

<sup>145</sup> Aufzeichnung des Gesandten Hewel. 28. März 1941. In: ADAP D, XII/1, 304-306, Nr. 215.



Die dadurch entstandene Lage legt Umriss der russischen Bestrebungen bloß, die im Dienste einer gemeinschaftlichen slawischen Grundlage stehen. Außerdem muss man noch die ständig feindlichen Gefühle der russischen Staatsführung in Betracht ziehen.«<sup>146</sup>

Die deutsche Führung interpretierte den Brief als grundsätzliche Bereitschaft Ungarns, sich an einer Operation gegen Jugoslawien zu beteiligen. Dieses Indiz fand sich in Horthys Satz wieder, in dem er die engen Kontakte zwischen der deutschen und der ungarischen Armeeführung erwähnte.<sup>147</sup> Der Chef des Generalstabes, Franz Halder, beauftragte den Leiter der operativen Abteilung, Oberst Kinzel, nach Budapest zu reisen, um den ungarischen Generalstabschef um fünf ungarische Armeekorps für den Feldzug gegen Jugoslawien zu bitten.<sup>148</sup> Während einer Sitzung des ungarischen Ministerrates beschlossen der Außenminister und der Generalstabschef, dass den deutschen Truppen der Durchmarsch durch Ungarn gewährt und eine Vereinbarung für ein aktives Eingreifen getroffen werden soll.<sup>149</sup> Der ungarische Außenminister plädierte für eine aktive Teilnahme der ungarischen Streitkräfte, doch der Ministerrat akzeptierte die von Teleki gestellten Voraussetzungen für ein aktives ungarisches Eingreifen: 1. Bei einer kroatischen Proklamation der Unabhängigkeit und eines gleichzeitigen Auseinanderfallens des jugoslawischen Staates; 2. Bei Gefährdung von Leben und Sicherheit der ungarischen Minderheit durch das jugoslawische Militär; 3. Bei Entstehung eines Vakuums in der Vojvodina, hervorgerufen durch deutsche militärische Aktionen.<sup>150</sup>

Für Teleki verschlechterte sich jedoch die politische Lage Ungarns mit dem Eintreffen von General Paulus, Oberquartiermeister im Generalstab, in Budapest am 30. März 1941 und dessen unmittelbar beginnenden Verhandlungen mit dem ungarischen Generalstabschef. Die Vereinbarung über eine deutsch-ungarische militärische Zusammenarbeit fand in der Aufmarschweisung des Oberbefehlshabers des Heeres, von Brauchitsch, seinen Niederschlag. »Ungarn wird sich an dem Vorgehen gegen Jugoslawien beteiligen [...]. Die königlich ungarische Heeresleitung hat sich für die durchführende Operation dem OKH unterstellt.«<sup>151</sup> Während Ungarn noch von einer eigenständigen Kommandostruktur ausging, behielt sich Hitler die einheitliche Führung der Gesamtstreitkräfte vor. Teleki war über den ungarischen Generalstabschef empört, als dieser von der Regierung die Mobilmachung verlangte. Horthy eröffnete am 1. April 1941 die Sitzung

---

<sup>146</sup> AHHM 291-292, Nr. 94.

<sup>147</sup> Ebenda, 291.

<sup>148</sup> *Nebelin* 165.

<sup>149</sup> Tagebuchaufzeichnung des Ministers für Religion und Unterrichtswesen, Bálint Hóman, über die Sitzung des Ministerrates vom 28. März 1941. In: AHHM 292-294, Nr. 95; *Macartney* I, 477.

<sup>150</sup> *Macartney* I, 476.

<sup>151</sup> *Nebelin* 168.

des obersten Verteidigungsrates, stellte den Teilnehmern folgende Fragen und bat sie um ihre Stellungnahme: Wann, mit welchen Zielen und mit welchen militärischen Mitteln sollte Ungarn die von Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg entrissenen Gebiete besetzen?<sup>152</sup> Der Außenminister vertrat die Auffassung, es sei Ungarns oberstes Ziel, verlorengegangene Gebiete zurückzuerlangen, stellte aber fest, dass der Freundschaftsvertrag der Regierung die Hände binde. Deshalb könne man erst dann militärische Operationen durchführen, wenn sich der Zerfall Jugoslawiens abzeichne. Der ungarische Generalstabschef und der Verteidigungsminister verlangten eine sofortige Beteiligung am Feldzug. Teleki stellte nochmals klar, dass die angelsächsischen Länder über die meisten Ressourcen verfügten und deshalb ein aktives Eingreifen Ungarns wohlüberlegt sein müsse. Erst der Zerfall Jugoslawiens und die kroatische Unabhängigkeitserklärung gestatteten einen militärischen Akt durch Ungarn. Letztlich wurden folgende Beschlüsse gefasst, welche die ungarische Außenpolitik noch schwerwiegend belasten sollten:<sup>153</sup> 1. Erst eine kroatische Unabhängigkeitserklärung zieht ein aktives ungarisches Eingreifen nach sich; 2. Eine Überschreitung der Donaulinie ist nicht vorgesehen; 3. Der Verteidigungsminister und der Generalstabschef führen die Aktionen, dies gilt auch für die deutsch-ungarischen Verhandlungen. Der Reichsverweser behält sich das Recht der letzten Verfügung vor; 4. Die ungarischen Verbände unterstehen während der Operation dem Oberbefehl des Reichsverwesers und nicht dem der deutschen Wehrmacht; Zusatz: Ungarn will sich angesichts der Ressourcen Englands und der Vereinigten Staaten vom weltweiten Konflikt unbedingt fernhalten. Diese Bedingungen können als passiver Widerstand gegen das Dritte Reich betrachtet werden, und die Forderung nach einem *Casus belli* sollte die britische Regierung von der Triftigkeit der Gründe für eine Besetzung der 1918 verlorenen Gebiete überzeugen.<sup>154</sup> Die ungarische Führung war sich bewusst, dass ein aktiver Widerstand gegen Deutschland eine deutsche Besetzung des Landes und schließlich auch die Machtergreifung der rechtsextremen Parteien nach sich gezogen hätte.

Am 2. April 1941 kündigte ein Telegramm des ungarischen Gesandten in Belgrad den jugoslawischen Widerstand gegen ein deutsches Ultimatum an. Am Nachmittag desselben Tages lehnte Berlin die Forderung Ungarns ab, lediglich die Eisenbahnlinien für den deutschen Truppentransport zu benutzen und auf einen Durchmarsch deutscher Einheiten zu verzichten. Gleichzeitig kamen die ersten deutschen Generäle und Generalstabsoffiziere in Budapest an, wozu der deutsche Diplomat Ulrich von Hassell bemerkte: »Horthy hat bisher erreicht, dass deutsche Truppen so wenig wie möglich und in Budapest gar nicht sichtbar würden. Das wird

---

<sup>152</sup> Tagebuchaufzeichnung des Ministers für Religion und Unterrichtswesen, Hóman, über die Sitzung des Obersten Verteidigungsrates am 1. April 1941. In: AHHM 297-299, Nr. 98.

<sup>153</sup> *Macartney* I, 484-485.

<sup>154</sup> *Czettler*: Pál Graf Teleki, 227; *Nebelin* 170.

sich jetzt ändern.«<sup>155</sup> Teleki erhielt am Abend des 2. April 1941 ein Telegramm des ungarischen Gesandten aus London, welches mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch England drohte, falls Ungarn dem Dritten Reich als Aufmarschgebiet für einen Feldzug gegen Jugoslawien dient. Außerdem würde Großbritannien Ungarn den Krieg erklären, wenn sich Ungarn aktiv am Feldzug gegen Jugoslawien beteilige.<sup>156</sup> Dieses Telegramm erschütterte Telekis Glauben und Hoffnung an eine wohlwollende englische Beurteilung der geopolitischen Lage Ungarns. Während er seine kranke Frau besuchte, erhielt er einen Telefonanruf, dessen Inhalt unbekannt ist. Macartney geht davon aus, dass die ungarische Minderheit in der Vojvodina um Schutz vor jugoslawischen Übergriffen bat, die Teleki jedoch auf eine von deutscher Seite inszenierte Provokation zurückführte.<sup>157</sup> Am Morgen des 3. April 1941 fand man Teleki in seiner Dienstwohnung, wo er sich selbst erschossen hatte. Reichsverweser Horthy hinterließ er folgenden Abschiedsbrief: »Euer Durchlaucht! Wir sind – aus Feigheit – wortbrüchig geworden an dem auf der Mohács-Rede basierenden Vertrag vom ewigen Frieden. Das Volk fühlt es, und wir haben seine Ehre weggeworfen. Wir haben uns auf die Seiten der Schurken gestellt, denn von den an den Haaren herbeigezogenen Atrozitäten ist kein einziges Wort wahr! Nicht gegen die Ungarn, nicht einmal gegen die Deutschen! Leichenflederer werden wir! Die jämmerlichste Nation! Ich habe Dich nicht zurückgehalten. Ich bin schuldig. [...]«<sup>158</sup> Das oben erwähnte Telegramm dürfte der Hauptauslöser für seinen Selbstmord gewesen sein. Eines seiner Hauptziele war gewesen, dass sich Ungarn unter keinen Umständen an Feindseligkeiten gegen die Westmächte beteiligen dürfe. Bis zum Belgrader Putsch konnte Teleki diesem Anspruch mehr oder weniger gerecht werden, wobei ihm aber klar war, dass dies ohne Zugeständnisse an das Deutsche Reich nicht gelingen konnte. Letztlich war sein außenpolitischer Weg geprägt von Kompromissen, weil er als Realpolitiker wusste, dass sein Land zwischen Deutschland, Italien, der Sowjetunion und den Westmächten taktieren musste.

---

<sup>155</sup> Hassell 243.

<sup>156</sup> Chiffretelegramm des ungarischen Gesandten in London, Barcza, an Außenminister Bárdossy. London, 2. April 1941. In: AHHM 299, Nr. 99.

<sup>157</sup> Macartney I, 487.

<sup>158</sup> Abschiedsbrief des Ministerpräsidenten Pál Teleki an Miklós Horthy. Budapest, 3. April 1941. In: AHHM 300, Nr. 100.

### Bárdossy und der Eintritt in den Zweiten Weltkrieg

#### *Ungarn und der deutsche Jugoslawien-Feldzug*

Deutsche Truppenverbände zogen am 3. April 1941 über ungarisches Hoheitsgebiet in Richtung Banat und demonstrierten den Anhängern einer unabhängigen ungarischen Außenpolitik ihre militärische Macht. Während Panzertruppen durch Budapest fuhren, überflogen deutsche Flugzeuge die ungarische Hauptstadt. Am Nachmittag ernannte Horthy auf Anraten Bethlens Bárdossy zum neuen Ministerpräsidenten, weil er für Berlin, aber auch für London, annehmbar zu sein schien. Der unerwartete Tod Telekis änderte zunächst nichts am Kurs der ungarischen Außenpolitik. Am Morgen des 3. April 1941 kondolierte der britische Gesandte in Budapest dem Reichsverweser und erörterte die gegenwärtige Lage: »Horthy justified Hungary's decision by its historical association with Germany, the sacred duty of restoring ancient frontiers, and the hopelessness of looking to Britain for any help for his purpose. [...] if the Regent [so die Antwort des englischen Gesandten, J. M. Z.] entered into such a corrupt bargain with Germany or acted as a Hungarian jackal to the German lion against a State which he had just signed a treaty of eternal friendship, Hungary could expect no sympathy and no mercy from a victorious Britain and United States [...].«<sup>159</sup>

Horthy informierte Hitler: »Doch der Gewissenskonflikt, in welchem wir uns befinden, und für dessen Größe nichts bezeichnender ist, als der Selbstmord des Ministerpräsidenten, zwingt uns zu dem Ersuchen, die deutsche Heeresleitung möge die Aufgabe unserer Truppen derart festlegen, dass sie mit unserem Gewissen stets vereinbar bleiben.«<sup>160</sup> Hitler kam den ungarischen Wünschen entgegen, obwohl er meinte, der *Casus belli* sei durch den Belgrader Putsch und dem Bruch des Dreimächtepaktes eingetreten. Diese Taktik Hitlers war erfolgreich, denn sie konnte Horthys Skrupel wegen eines Vorgehens gegen Jugoslawien mildern, so dass die abgebrochenen Mobilisierungsmaßnahmen wieder aufgenommen wurden.<sup>161</sup> Die Tatsache, dass Ungarn der deutschen Wehrmacht als Aufmarschgebiet diente, bedeutete das Ende seiner außenpolitischen Unabhängigkeit.

Die deutsche Wehrmacht begann am 6. April 1941, teilweise von ungarischem Hoheitsgebiet aus, ihren Angriff gegen Jugoslawien. Britische sowie jugoslawische Luftstreitkräfte bombardierten die deutschen Aufmarschräume, aber auch die ungarischen Städte Villány, Fünfkirchen (*Pécs*) und Szeged. Der ungarische Gesandte protestierte in London gegen diese Bom-

<sup>159</sup> Barker 69.

<sup>160</sup> Miklós Horthy – Adolf Hitler. Budapest, 3. April 1941. In: AHHM 301, Nr. 101.

<sup>161</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Budapest, 6. April 1941. In: ADAP D, XII/2, 397, Nr. 282.

bardierungen. Die britische Regierung brach am 7. April 1941 offiziell die diplomatischen Beziehungen zu Ungarn ab, jedoch ohne den Krieg zu erklären. »[I]t was [...] because Hungary seemed to be making some effort to pursue an independent policy and so long as she remained a corridor, but not a base, for German troops that we made allowances for her difficulties and maintained relations with her. Our attitude only changed when Hungary became a base for a German attack upon Yugoslavia, shortly to be followed by a Hungarian attack.«<sup>162</sup>

Außenminister Eden gehörte zu denjenigen, die das ungarische Verhalten gegenüber Jugoslawien am schärfsten verurteilten. Er war der Meinung, dass Ungarn eine Schandtat begangen habe und nicht mehr Herr seiner eigenen Handlungen sei. Teleki sei der letzte ungarische Politiker gewesen, der das britische Vertrauen genossen habe.<sup>163</sup> Premierminister Churchill räumte eine britische Teilschuld an der gegenwärtigen Lage ein, meinte aber, dass auch ihm nichts anderes übrig bliebe, als die diplomatischen Beziehungen abubrechen.<sup>164</sup> Die Vereinigten Staaten von Amerika erklärten noch am 7. April 1941, dass es für Ungarn unabdingbar sei, nicht als Aggressor aufzutreten. Nach dem Einmarsch ungarischer Truppen in die Batschka am 16. April 1941 betrachtete Präsident Roosevelt jedoch Ungarn als Angreiferstaat.<sup>165</sup>

Während des deutschen Angriffs gegen Jugoslawien unterzeichnete der jugoslawische Gesandte in Moskau einen sowjetisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag, der sich für Belgrad jedoch nicht positiv auswirkte. Am 9. April 1941 durchbrachen deutsche Truppen die mazedonische Front und besetzten das Vardar-Tal und Nisch (*Niš*), während italienische Einheiten in Laibach (*Ljubljana*) und Dalmatien einmarschierten. Obwohl Berlin den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien und Griechenland forderte, wartete Ungarn noch ab, denn Budapest machte sein militärisches Eingreifen nach wie vor von einem Zerfall Jugoslawiens oder einer kroatischen Unabhängigkeitserklärung abhängig.<sup>166</sup>

Am Abend des 10. April 1941 verkündete der ehemalige General Kvaternik im Zagreber Rundfunk die Loslösung Kroatiens von Jugoslawien. Angebliche serbische Truppenkonzentrationen entlang der ungarischen Grenze waren dann für Budapest der Anlass, die ungarischen Einheiten am Morgen des 11. April 1941 in die Batschka und das Baranya-Dreieck, die von serbischen Einheiten geräumt worden waren, einzurücken.

---

<sup>162</sup> *Barker* 70.

<sup>163</sup> *Macartney* II, 8.

<sup>164</sup> Ebenda.

<sup>165</sup> »Hungary having without justification attacked Yugoslavia, a state of war exists between Hungary and Yugoslavia and that is necessary to promote the security and preserve the peace of the United States and to protect the lives of citizens of the United States.« In: DIMK V, 1059, Nr. 745.

<sup>166</sup> *Czettler*: Pál Graf Teleki, 243-245.

Der außenpolitische Ausschuss des ungarischen Oberhauses beschloss, die Aktion auf das historische Territorium der ungarischen Krone zu beschränken und so den außenpolitischen Kurs Telekis weiterzuführen. Die Operationen Ungarns waren bereits am 14. April 1941 mit dem Erreichen der Linie Theiß-Donau-Drau beendet, weil die Truppen kaum auf Widerstand stießen. Nach der Kapitulation Jugoslawiens am 24. April 1941 trafen sich Hitler und Horthy im Führerhauptquartier, um die territoriale Zuordnung vorzunehmen. Die Batschka, Baranya und das Mur-Gebiet wurden Ungarn zugesprochen, das ebenfalls zugesicherte Banat wurde nicht übergeben, weil Hitler Rumänien versprochen hatte, nur deutsche Truppen ins Banat einmarschieren zu lassen.<sup>167</sup> Somit verblieb das Banat während des Zweiten Weltkrieges unter Kontrolle des deutschen Militärbefehlshabers von Serbien.

Mit Rückgewinnung dieser Gebiete konnte die ungarische Regierung, in Abhängigkeit von der deutschen Gesamtpolitik, ihre Revisionsansprüche gegenüber den Staaten der Kleinen Entente durchsetzen,<sup>168</sup> ohne sich ernsthaft militärisch zu engagieren. Die ungarischen Politiker nahmen dabei den Bruch mit Großbritannien und die einseitige Bindung an die Achsenmächte, vor allem an das Dritte Reich, in Kauf. Großbritannien wandte sich infolgedessen wieder den Staaten der Kleinen Entente zu, die – mit Ausnahme Rumäniens – durch Exilregierungen in London repräsentiert wurden.

#### *Der deutsche Angriff gegen die Sowjetunion vom 22. Juni 1941*

Anfang Juli 1940 begannen die deutschen Vorbereitungen für den Angriff gegen die Sowjetunion, und schon damals diskutierte der deutsche Generalstab die Rolle Ungarns in diesem Feldzug. Es gab Pläne, nach denen Ungarn lediglich Auf- beziehungsweise Durchmarschgebiet sein sollte, aber Generaloberst Halder war überzeugt, die ungarische Armee müsse sich aktiv beteiligen.<sup>169</sup> Als Angriffszeitpunkt wurde der 15. Mai 1941 festgelegt, der jedoch wegen des Balkan-Feldzuges nicht eingehalten werden konnte. Hitler verlegte ihn deshalb auf den 22. Juni 1941. In seinen Planungen spielte Ungarn von Anfang an keine so große Rolle wie Finnland oder Rumänien, obwohl es seit September 1939 eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion hatte. Auf deutscher Seite ging man davon aus, dass das saturierte Ungarn keine Ambitionen hatte, sich an einem Feldzug militä-

---

<sup>167</sup> Reichsaußenminister – Deutsche Gesandtschaft in Budapest. 14. April 1941. In: ADAP D, XII/2, 456-457, Nr. 340.

<sup>168</sup> Das ungarische Staatsgebiet vergrößerte sich von 93.000 auf 172.000 Quadratkilometer, die Bevölkerungszahl von 8,6 (1930) auf 14,6 Millionen. Davon waren 11,3 Millionen Magyaren, 1,1 Millionen Rumänen, 719.000 Deutsche und 564.000 Ukrainer (*Christof* 134).

<sup>169</sup> *Nebelin* 195.

risch zu beteiligen.<sup>170</sup> Außerdem wurde befürchtet, dass Budapest weitere Gebiete einfordern könnte, was dann das deutsch-rumänische Verhältnis belasten würde. Auch ging die deutsche Führung von einem schnellen Feldzug aus und meinte, dass die Beteiligung mehrerer Verbündeter sich ungünstig bei der Lösung der dann anstehenden Ostfragen auswirken würde.<sup>171</sup> Während Antonescu bereits am 12. Juni 1941 Informationen über die Kriegsabsichten Hitlers erhielt,<sup>172</sup> wurde Budapest noch nicht eingeweiht. Berlin befürchtete, dass die englandfreundlichen Kreise in Ungarn den Gegnern die deutschen Absichten verraten würden. So verhielten sich deutsche Politiker bei ungarischen Anfragen zurückhaltend und betonten, das deutsch-sowjetische Verhältnis sei nach wie vor intakt. Dies änderte sich ab dem 15. Juni 1941, als Ribbentrop dem ungarischen Ministerpräsidenten mitteilen ließ, dass wegen sowjetischer Truppenkonzentrationen entlang der deutschen Ostgrenze das deutsch-sowjetische Verhältnis bis spätestens Anfang Juli einer Klärung bedürfe.<sup>173</sup> Ganz ahnungslos war Budapest aber nicht. Der ungarische Generalstabschef Henrik Werth legte in seiner Denkschrift vom 14. Juni 1941 Ministerpräsident Bárdossy nahe, dass sich ungarische Truppen an einem deutschen Angriff beteiligen sollten, was sich als katastrophale Fehleinschätzung herausstellen sollte: »Nach den militärischen Vorbereitungen zu urteilen, kann der Krieg in der Osthälfte Europas innerhalb kurzer Zeit ausbrechen. [...] können wir, einerseits wegen der bisherigen durchschlagenden Erfolge der deutschen Armee, andererseits in Kenntnis des Wertes und der Widerstandskraft der russischen Armee sicher damit rechnen, dass die deutsche Armee innerhalb kurzer Zeit den Sieg erringen wird. [...] Dann aber wird auch Ungarns Teilnahme nur kurze Zeit dauern [...] und die eingezogenen Reservisten nach der Demobilisation noch zur Ernte nach Hause zurückkehren können. [...] Deshalb schlage ich erneut vor, dass die Regierung unverzüglich mit der deutschen Regierung Verbindung aufnimmt und einen formellen Vorschlag zur freiwilligen Teilnahme am deutsch-russischen Krieg unterbreitet.«<sup>174</sup> Obwohl der ungarische Gesandte in Berlin ähnlich argumentierte, beschloss der Ministerrat am 15. Juni 1941, keine ungarische Teilnahme anzubieten. Man wollte die ungarische Armee für etwaige spätere Gebietsrevisionen zusammenzuhalten.<sup>175</sup>

Hitler informierte den ungarischen Gesandten am 22. Juni 1941 über den Angriff gegen die Sowjetunion und sandte ihn mit einem Brief zu

---

<sup>170</sup> Hillgruber: Deutschland, 663.

<sup>171</sup> Ebenda.

<sup>172</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt. 13. Juni 1941. In: ADAP, D, XII/2, 830-838, Nr. 614.

<sup>173</sup> Reichsaußenminister – Deutsche Gesandtschaft in Budapest. 15. Juni 1941. In: ADAP D, XII/2, 858-859, Nr. 631.

<sup>174</sup> Werth – Bárdossy. Budapest, 14. Juni 1941. In: AHHM 309, 310, 312, Nr. 105.

<sup>175</sup> Christof 138.

Horthy.<sup>176</sup> Der Reichsverweser bedankte sich beim deutschen Gesandten: »Seit 22 Jahren habe er [Horthy, J. M. Z.] diesen Tag herbeigesehnt und sei nun selig. [...] 180 Millionen Russen würden nun von dem ihnen durch zwei Millionen Bolschewisten aufgezwungenen Joch befreit werden. Dieser Entschluss des Führers werde den Frieden herbeiführen, da England und die Vereinigten Staaten nun erkennen müssten, dass Deutschland militärisch nicht mehr zu schlagen und im Besitz der reichen Rohstoff- und Agrargebiete Russlands wehrwirtschaftlich und ernährungsmäßig gesichert sei.«<sup>177</sup> Eine Kriegserklärung hielt er jedoch für unangebracht, da der Dreimächtepakt dies nicht erfordere, und Ungarn keine weitergehenden territorialen Ziele habe.<sup>178</sup> Am 23. Juni 1941 brach Ungarn die diplomatischen Verbindungen zur Sowjetunion ab, um seine Sympathie über den deutschen Angriff zum Ausdruck zu bringen. Die Sowjetunion bot Budapest vergeblich an, im Falle der Aufrechterhaltung der Neutralität gegenüber Rumänien den ungarischen Standpunkt zu unterstützen.<sup>179</sup> In der Zwischenzeit stieß der deutsche Vormarsch am Südflügel auf unerwartet starken Widerstand. Werth teilte Bárdossy am 24. Juni 1941 mit, dass ihm der deutsche General beim Oberkommando der ungarischen Armee, Himer, versichert habe, Deutschland sei über jede ungarische militärische Beteiligung dankbar.<sup>180</sup> Bárdossy befragte den deutschen Gesandten in Budapest über den Standpunkt Berlins.<sup>181</sup> Dieser sowie Himer meinten, Werth habe die Äußerungen überspitzt dargestellt, weil die ungarische Generalität selbst auf einen Kriegseintritt dränge. Der Wortlaut der Nachricht Himers vom 22. Juni 1941 lautete: »Jede ungarische Hilfe wird jederzeit akzeptiert. Wir wollen nichts fordern, aber alles, was freiwillig angeboten wird, wird dankbar angenommen. Es ist keine Rede davon, dass wir etwa eine Teilnahme Ungarns nicht wollen.«<sup>182</sup> Im Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht findet sich am 24. Juni 1941 der Eintrag: »Anordnungen des Führers, alle Angebote fremder Staaten, an diesem Kreuzzug teilzunehmen, sollen mit Begeisterung aufgenommen werden.«<sup>183</sup>

Bárdossy erkundigte sich am 26. Juni 1941 nochmals beim deutschen Gesandten nach einer Antwort Berlins wegen seiner Frage bezüglich einer Beteiligung ungarischer Truppen. Erdmannsdorff verneinte dies, worauf ihn der Ministerpräsident bat, umgehend eine Antwort auf seine Anfrage

<sup>176</sup> Hitler – Horthy. 22. Juni 1941. In: ADAP D, XII/2, 892-893, Nr. 661.

<sup>177</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Budapest, 22. Juni 1941. In: ADAP D, XII/2, 899, Nr. 667.

<sup>178</sup> *Juhász* 189.

<sup>179</sup> AHHM, 314, Nr. 108.

<sup>180</sup> Ebenda, 315, Nr. 109.

<sup>181</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Budapest, 24. Juni 1941. In: ADAP D, XIII/1, 11-12, Nr. 10.

<sup>182</sup> Ebenda, 13, Nr. 11.

<sup>183</sup> *Kriegstagebuch des Oberkommandos I*, 409 (24. Juni 1941).



einzuholen.<sup>184</sup> Im Kriegstagebuch von Generalstabschef Halder findet sich für den 25. Juni 1941 ein möglicher Grund für die verweigerte deutsche Antwort auf die ungarische Anfrage: »Ungarns Mitwirkung wäre erwünscht. Ungarn will aber offiziell aufgefordert sein. Das will der Führer nicht aus politischen Gründen.«<sup>185</sup> Horthy und Bárdossy hielten deshalb an ihrer Entscheidung fest, es beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu belassen und vorerst keine Kriegserklärung abzugeben.

#### *Kaschauer Bombardierung und die Kriegserklärung Ungarns an die Sowjetunion*

Für den ungarischen Kriegseintritt war der 26. Juni 1941 entscheidend, denn gegen 13 Uhr bombardierten Flugzeuge unbekannter Herkunft die Stadt Kaschau. Werth meldete Horthy, sowjetische Flugzeuge hätten den Angriff durchgeführt. Horthy – überzeugt, es sei ein unprovoked sowjetischer Angriff gewesen – war zu entsprechenden Gegenmaßnahmen bereit. Offen blieb jedoch, ob es sich dabei um eine Kriegserklärung oder Repressalien handeln sollte. Bárdossy griff bereitwillig den Gedanken der Kriegserklärung auf, ohne sich mit der zweiten Möglichkeit eingehender zu beschäftigen. Die Tatsache, dass sowjetische Flugzeuge Ungarn angegriffen hätten, habe die Situation grundlegend geändert, der Kriegseintritt sei die logische Konsequenz. Außer dem Innenminister schlossen sich alle Ministerratsmitglieder dieser Meinung an. Am Morgen des 27. Juni 1941 gab Bárdossy die Kriegserklärung an die Sowjetunion bekannt. Das Parlament trat erst nach dem Ministerratsbeschluss zusammen und konnte nur noch zustimmen. Hierbei handelte Bárdossy nicht verfassungskonform, weil eigentlich nur der Reichsverweser nach Zustimmung durch das Parlament eine Kriegserklärung abgeben durfte. Der Ministerpräsident gab aber die Kriegserklärung eigenmächtig bekannt, um etwaige Widerstände zu verhindern.<sup>186</sup> Am selben Morgen flog die ungarische Luftwaffe einen Vergeltungsangriff auf Städte in Galizien, der bereits die mangelnde Effektivität des ungarischen Kriegsmaterials offenbarte.<sup>187</sup>

Die Bombardierung Kaschauer sowie die Herkunft der angreifenden Flugzeuge wurden in der Forschung unterschiedlich betrachtet und bewertet. Die Ansicht der marxistischen Geschichtswissenschaft,<sup>188</sup> es habe sich um ein Komplott deutscher beziehungsweise ungarischer Militärs ge-

<sup>184</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Budapest, 26. Juni 1941. In: ADAP D, XIII/1, 20, Nr. 21.

<sup>185</sup> *Generaloberst Halder* III, 15 (25. Juni 1941). »Politisch wird kein Ansuchen an Ungarn gestellt. Wenn die Soldaten mitmachen wollen, sollen sie ihre Politiker dazu veranlassen.« (Ebenda, 6 [22. Juni 1941].)

<sup>186</sup> *Hillgruber*: Deutschland, 665.

<sup>187</sup> Von zwanzig Flugzeugen erreichten nur acht die Zielstädte (*Gosztony*: Hitlers fremde Heere, 123).

<sup>188</sup> *Juhász* 190.

handelt, das den ungarischen Kriegseintritt zum Ziel hatte, wurde durch Julián Borsányi widerlegt. Dieser vertritt die Meinung, dass die Bomben von Flugzeugen der ehemaligen tschechoslowakischen Luftwaffe abgeworfen wurden. Bei den Piloten habe es sich um Tschechen in der slowakischen Luftwaffe gehandelt, die nach der slowakischen Kriegserklärung an die Sowjetunion die Seiten gewechselt haben.<sup>189</sup> Es kann auch ein Angriff sowjetischer Flugzeuge gewesen sein,<sup>190</sup> weil für jenen Tag auch andere sowjetische Angriffe – gegen bulgarisches und rumänisches Territorium – belegt sind.<sup>191</sup>

Der ungarische Kriegsbeitrag war 1941 bescheiden, denn »the Hungarian army was still unprepared for a major campaign. Although it may have been the latest one organized, it was antiquated from the beginning«. <sup>192</sup> Von den ursprünglich 215.000 Soldaten, die bis Ende Juni 1941 mobilisiert worden waren, nahm nur ein geringer Teil an den Kämpfen im Osten teil.<sup>193</sup> Die Karpaten-Gruppe rückte bis zum 8. Juli 1941 vor und beschränkte sich wegen ihrer mangelhaften Ausrüstung auf Besatzungsaufgaben in Galizien, denn »they [die Deutschen, J. M. Z.] needed fast-moving contingents and motorized units, not World War One type infantry«. <sup>194</sup> Währenddessen rückte das Schnelle Korps, integriert in die deutsche 17. Armee, vor und erreichte Ende August den Dnjepr. Auch hier täuschte der schnelle Vormarsch nicht über die technischen Mängel der ungarischen Einheiten hinweg. Horthy aber äußerte sich in einem Brief an Hitler enthusiastisch über den Kampf gegen den Bolschewismus: »Immediately after the outbreak of the German-Russian war my Government, in the spirit of solidarity, broke off diplomatic relations with the Soviets, and when the Soviet forces repeatedly committed murderous assaults on Hungarian territory, I had war declared on Russia. I count myself happy that my army can take part, shoulder to shoulder, with the glorious and victorious German Army in the crusade for the elimination of the Communist danger and for the preservation of our culture.« <sup>195</sup>

Dennoch brach allmählich ein Konflikt zwischen Horthy und Werth aus. Während die politische Führung am deutschen Blitzkrieg zu zweifeln begann und nach einem Bericht des Kommandeurs der Karpaten-Gruppe, General Ferenc Szombathelyi, die Rückführung der ungarischen Einheiten in die Heimat forderte, wollte Werth die allgemeine Mobilmachung, um den Deutschen zwei vollständige ungarische Feldarmeen anbieten zu

<sup>189</sup> Borsányi 176; Hillgruber: Deutschland, 666.

<sup>190</sup> Christof 145.

<sup>191</sup> Gosztony: Hitlers fremde Heere, 109-110.

<sup>192</sup> Fenyő 27.

<sup>193</sup> Macartney II, 52, spricht von insgesamt 36.000 Mann, von denen 24.000 im Schnellen Korps waren. Gosztony: Hungary's Army, 236, gibt die Karpaten-Gruppe mit 44.000 Mann und das Schnelle Korps mit 25.000 an.

<sup>194</sup> Gosztony: Hungary's Army, 236.

<sup>195</sup> Macartney II, 30.

können. Wegen dieser Differenzen wurde Werth am 6. September 1941 durch Szombathelyi ersetzt. Am 8. September 1941 bat Horthy Hitler wegen großer materieller Verluste um Rückführung der ungarischen Einheiten. Hitler stimmte zu, forderte aber die Verstärkung der Besatzungstruppen hinter der Front. Während der Rückführung verstärkten die Deutschen jedoch erneut ihre Bemühungen, Ungarn zu einem größeren Militärbeitrag zu bewegen. Nach Besprechungen Ende November und Januar kam man überein, dass Ungarn die gesamte 2. Armee mit etwa 200.000 Mann an die Ostfront verlegt. Obwohl diese Entscheidung der Grundtendenz ihrer Außenpolitik zuwiderlief, musste die ungarische Regierung beipflichten, weil Rumänien bereits ähnliche Zusagen gemacht hatte. Beim neu entflammten Streit um Siebenbürgen befürchtete Budapest, eine Ablehnung der Forderung könnte eine prorumänische Haltung Deutschlands zur Folge haben.<sup>196</sup>

*Ungarn im Kriegszustand mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika*

Während in Berlin und Budapest über ein stärkeres ungarisches Engagement für das Jahr 1942 verhandelt wurde, wandte sich die britische Regierung auf Drängen Stalins am 29. November 1941 an die ungarische Regierung: »Schon seit Monaten führt die ungarische Regierung auf dem Gebiet der UdSSR, dem Verbündeten Großbritanniens, aggressive militärische Operationen durch, in engster Zusammenarbeit mit Deutschland [...]. Unter diesen Umständen hält es die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich für nötig, der ungarischen Regierung mitzuteilen, dass die Regierung Seiner Majestät, falls die ungarische Regierung nicht bis zum 5. Dezember die Kriegsbereitschaft aufhebt und sich von jeder aktiven Teilnahme an den Feindseligkeiten zurückzieht, keine andere Wahl haben werde, als zwischen beiden Ländern den Beginn des Kriegszustandes zu erklären.«<sup>197</sup> Ungarn erklärte, man habe die Einheiten bereits abgezogen,<sup>198</sup> was aber die englische Kriegserklärung vom 6. Dezember 1941 nicht mehr verhindern konnte.

Nach dem Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und der Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die Vereinigten Staaten von Amerika am 11. Dezember 1941 sah sich Ungarn aufgrund des Dreimächtepakts gezwungen, die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten abzubrechen. Bárdossy versicherte aber dem amerikanischen Gesandten, dass es sich dabei nicht um eine Kriegserklärung handle.<sup>199</sup> Un-

---

<sup>196</sup> Hillgruber: Hitler, 145.

<sup>197</sup> AHHM 329, Nr. 116.

<sup>198</sup> Dies war falsch, weil sich noch fünf Brigaden auf sowjetischen Boden hinter der Front aufhielten (Christof 148).

<sup>199</sup> Kertesz 55.

garn musste jedoch auf deutschen und italienischen Druck den Vereinigten Staaten den Krieg erklären. »Auf Grund des so genannten Dreimächteabkommens vom 27. September 1940 bzw. auf Grund von Ungarns Beitritt zu diesem Abkommen am 20. November 1940 sowie auf Grund der am 11. Dezember lfd. Jahres festgestellten Solidarität betrachtet die königlich ungarische Regierung den zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und dem Deutschen Reich, Italien und Japan andererseits bestehenden Kriegszustand auch für Ungarn als bestehend.«<sup>200</sup> Die Vereinigten Staaten erkannten diese Kriegserklärung zunächst nicht an, erklärten aber am 5. Juni 1942 ihrerseits Ungarn den Krieg.<sup>201</sup>

Ungarn befand sich nun mit allen drei Hauptalliierten im Kriegszustand, ohne dass es mit ihnen ernsthafte Konflikte gehabt hätte. War die englische Kriegserklärung wahrscheinlich unvermeidlich – Berlin hätte ein ungarisches Ausscheren aus dem Feldzug gegen die Sowjetunion niemals akzeptiert –, hätte die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion vermieden werden können. Die Politik gegen die Sowjetunion wurde überwiegend vom deutschfreundlichen Generalstab bestimmt, während Bárdossy die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten mit Ungarns Mitgliedschaft im Dreimächtepakt zu begründen versuchte. Mit Rumänien und der Slowakei war es durch den Dreimächtepakt verbündet, obwohl sich die Spannungen mit beiden Staaten im Kriegsverlauf verschärften. Horthy misstraute seinem Ministerpräsidenten immer mehr, und ein Zwischenfall im Januar 1942 ermöglichte es ihm, sich von Bárdossy zu trennen.

#### *Das Massaker von Neusatz und die Absetzung Bárdossys*

Zwischen dem 21. und 23. Januar 1942 kam es in den von Jugoslawien abgetretenen Gebieten zu folgenschweren Vorkommnissen. Josip Broz Titos Partisanen waren hier bereits aktiv und gingen auch gegen ungarische Einheiten vor. Ungarische Ordnungskräfte unternahmen mit der regulären Armee im Dreieck von Josefsdorf (*Zsablya, Žabalj*) und in Neusatz (*Újvidék, Novi Sad*) militärische Aktionen gegen Partisanen, bei denen sie wahllos serbische und jüdische Zivilisten ermordeten. Insgesamt geht man von bis zu 3.000 Opfern aus.<sup>202</sup> Nachdem er davon erfahren hatte, befahl Horthy die sofortige Einstellung der Aktionen und ordnete eine kriegsgerichtliche Untersuchung an. Einige Teilnehmer wurden an die Ostfront versetzt, gegen 15 Hauptverantwortliche wurde ein Strafprozess eröffnet.<sup>203</sup>

<sup>200</sup> Informationsrundsreiben des Gesandtschaftsrates Andor Szentmiklósi über die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika und England für alle ungarischen Gesandtschaften und Konsulate. Budapest, 18. Dezember 1941. In: AHHM 328, Nr. 116.

<sup>201</sup> *Hull* II, 1174-1176.

<sup>202</sup> *Kertesz* 57.

<sup>203</sup> *Gosztonyi: Hitlers fremde Heere*, 252. AHHM, 329-335, Nr. 117.

In Ungarn machte sich allmählich Ernüchterung breit, die sich in der Unzufriedenheit über die wachsende Opferbereitschaft Bárdossys äußerte und von der Nachricht über ein weiteres Massaker durch Ungarn in der Batschka<sup>204</sup> verstärkt wurde. Horthy misstraute Bárdossy schon seit der Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, nun kam der öffentliche Unmut gegen den Ministerpräsidenten hinzu. Als am 19. Februar 1941 István Horthy zum Reichsverweser-Stellvertreter gewählt werden sollte, machte Bárdossy seine Zustimmung von einer Kabinettsumbildung abhängig. Horthy, dessen Ansehen zwischenzeitlich vor allem in Berlin gesunken war, verweigerte ihm aber die Umbildung, woraufhin Bárdossy am 6. März 1942 zurücktrat. Der Reichsverweser warf ihm seine prodeutsche Politik, die Kriegserklärungen an die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten und die geplante rechtsextreme, prodeutsche Kabinettsumbildung vor. Hierbei machte es sich Horthy aber allzu leicht, denn die Kriegserklärungen hätte er durch ein energischeres Eingreifen verhindern können. Auch war der Ministerpräsidenten bis dahin nicht auf eine rechtsextreme Linie eingeschwenkt.<sup>205</sup>

### Miklós von Kállays Schaukelpolitik

#### *Bündnistreue und Entsendung der 2. ungarischen Armee an die Ostfront*

Der am 9. März 1942 vom Reichsverweser ernannte neue Ministerpräsident musste einerseits für Deutschland annehmbar sein, andererseits die ungarischen Interessen als oberste Priorität für sein Handeln betrachten. Die deutsche Reaktion widerspiegelt das vom 10. März 1942 datierte Telegramm des Gesandten in Budapest an das Auswärtige Amt: »Kállay ist im Grunde ein apolitischer Mensch und ist in den letzten Jahren weder innenpolitisch noch außenpolitisch hervorgetreten. Der Nationalsozialismus ist für ihn eine ›fremde Idee‹. Er hat zu ihm kein inneres Verhältnis. Dennoch wird er zweifellos im Verhältnis zu Deutschland den gleichen außenpolitischen Kurs halten wie seine Vorgänger.«<sup>206</sup> Horthy sah als Ziel der Politik des neuen Ministerpräsidenten, »Ungarns Handlungsfreiheit zurückzugewinnen und, wenn möglich, zum Status der Nonbelligeranza zurückzukehren.«<sup>207</sup>

Miklós von Kállay galt als typischer Vertreter der ungarischen Gentry. Er hatte weder eine diplomatische Ausbildung noch außenpolitischen Weitblick. Seine Politik wird – hauptsächlich durch die eigene Propaganda

<sup>204</sup> *Deak* 6-25.

<sup>205</sup> *Lehmann* 23, 36, 38. Vgl. *Kertesz* 57: »From this time onward Bárdossy took a leading part in extreme rightist movements and became an ardent pro-Nazi.«

<sup>206</sup> ADAP E, II, 51, Nr. 28.

<sup>207</sup> *Horthy* 252.

– mit Bestrebungen zum Austritt aus dem Krieg verbunden. Man darf aber seine Politik zwischen 1942 und 1944 positiver beurteilen, als sie tatsächlich war, denn sie war eine Schaukelpolitik. Obwohl er mit dem Westen liebäugelte, blieb er bis zuletzt auf der vorgeschriebenen Achsenbahn. Der erste Abschnitt dieser Schaukelpolitik reichte bis Januar 1943. Ihn zeichnet die bedingungslose Unterstützung des Dritten Reiches aus. Für den zweiten Abschnitt von der Niederlage in Stalingrad bis zur Besetzung Ungarns im März 1944 stehen die wenig wirkungsvollen diplomatischen Versuche, die Kállay die Bezeichnung eines Schaukelpolitikers eintrugen.

Am 19. März 1942 stellte er dem Parlament sein außen- und innenpolitisches Programm vor. Er wollte die politische Rechte für seine Politik gewinnen, ohne sie an der Regierung zu beteiligen: »[...] we must place all the energy at our disposal at the service of this war; I emphasize: this war of ours because we are not driven into it by foreign interests. We are struggling in this war for our own selves, for our existence, for our historical survival. [...] The foreign policy of every nation is determined exclusively by its own self-regarding goal, and this must, naturally, adjust itself to the facts of geopolitics, without the consideration of which it cannot engage in realistic politics. [...] We have entered the war for ideals, because the Hungarian nation struggles with all its strength against Bolshevism. In this fight we must take part [...].«<sup>208</sup>

An den zwischen Bárdossy und Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel getroffenen Vereinbarung vom Januar 1942, die militärische Präsenz Ungarns für die deutsche Sommeroffensive 1942 deutlich zu verstärken, hielt Kállay fest. Obwohl vom deutschen Sieg nicht mehr überzeugt, war Ungarn dazu bereit, weil sich die übrigen Verbündeten ebenfalls dazu verpflichtet hatten. Die verbündeten Truppen sollten im rückwärtigen Gebiet eingesetzt werden, damit sich die Wehrmacht auf die Offensive konzentrieren konnte. Insgesamt vereinbarte die ungarische Führung mit Keitel, zwölf Divisionen unter dem Generalkommando der 2. ungarischen Armee an die Ostfront zu entsenden. Dort sollten sie, so Keitel, mit schwerem Material wie panzerbrechenden Waffen ausgerüstet werden.<sup>209</sup> Die deutsche Führung hielt sich aber nicht an diese Zusagen, was sich bei der sowjetischen Gegenoffensive für die ungarischen Einheiten als verhängnisvoll erweisen sollte. Die 200.000 Soldaten der 2. ungarischen Armee wurden vom 11. April bis zum 27. Juni 1942 an den Südabschnitt der Ostfront verlegt. Da die deutsche Offensive Richtung Stalingrad und Kaukasus am 28. Juni begann, übernahm die 2. ungarische Armee unter dem Befehl von Generaloberst Gusztáv Jány einen Verteidigungsabschnitt südlich von Woronesch.<sup>210</sup>

---

<sup>208</sup> Kállay 80-81.

<sup>209</sup> Gosztony: Hungary's Army, 239-240.

<sup>210</sup> Ebenda, 241-246.

Während der ungarischen Truppentransporte lud Hitler Kállay am 7./8. Juni 1942 in sein Hauptquartier nach Ostpreußen ein. Dieser ging davon aus, dass ihn Hitler nicht zu Wort kommen lassen würde, aber »just the contrary took place. We sat down, and he turned and asked me to inform him on the Hungarian situation.«<sup>211</sup> Es ging dabei hauptsächlich um die nach wie vor schlechten ungarisch-rumänischen Beziehungen. Hitler warnte Kállay vor einem Angriff gegen Rumänien während des Krieges, zumal er die Kampfkraft der rumänischen Armee wegen deren deutschen Ausbildung als höher einschätzte als die ungarische. Kállay versicherte Hitler, »that Hungary was completely loyal to her war commitments.«<sup>212</sup> Die deutsche Führung war auch mit der Politik gegenüber den Juden nicht einverstanden, denn Ungarn lehnte Massendeportationen strikt ab. Mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht, der insgesamt über 40.000 Menschen zum Opfer fielen, nahm aber auch der ungarische Staatsapparat nationalsozialistische Züge an. Davon waren vor allem Juden betroffen.<sup>213</sup>

#### *Stalingrad und die Vernichtung der ungarischen Einheiten*

Die deutschen Truppen stießen im Sommer und Herbst 1942 in Richtung Stalingrad und den Kaukasus vor, die Flanken deckten ungarische, rumänische sowie italienische Einheiten. Auf diese überdehnten Flanken bereitete die Sowjetarmee konzentrische Gegenstöße vor. Am 20. November 1942 stießen ihre Truppen an den Flanken vor und schlossen bei Kalatsch den Kessel um Stalingrad. Am 12. Januar 1943 griffen zahlenmäßig und materiell überlegene sowjetische Kräfte den ungarischen Frontabschnitt an. Nun rächte es sich, dass die deutsche Führung die panzerbrechenden Waffen nicht geliefert hatte: »It was not the fault of the Hungarian fighting man that in a hopeless situation, under inadequate command structure, with bad weapons and even poorer clothing, he could not hold.«<sup>214</sup> Die Front wurde an mehreren Stellen durchbrochen. Insgesamt fielen der sowjetischen Offensive 30.000 Mann zum Opfer, 50.000 bis 60.000 gerieten in Kriegsgefangenschaft, 70 bis 80 Prozent des Materials ging verloren.<sup>215</sup>

Die Niederlage von Stalingrad, die wirtschaftliche und militärische Überlegenheit der Alliierten sowie die Dauer des Krieges ließen bei den ungarischen Politikern die Erkenntnis reifen, dass Deutschland diesen Krieg nicht mehr gewinnen konnte. Damit begann die zweite Phase der Schaukelpolitik Kállays, also die der Geheimdiplomatie. Ziel der ungarischen

---

<sup>211</sup> Kállay 90.

<sup>212</sup> Macartney II, 95.

<sup>213</sup> AHHM 87-88.

<sup>214</sup> Gosztony: Hungary's Army, 245.

<sup>215</sup> Wegen der Materialverluste konnte Ungarn nur viereinhalb Divisionen neu ausrüsten, das verbliebene Material der 2. ungarischen Armee nicht mitgerechnet (Macartney II, 135).

schen Regierung war es fortan, Ungarn aus dem Krieg herauszuführen. Zunächst sollten geheime Kontakte zu englisch-amerikanischen Regierungskreisen aufgenommen werden, um deren Pläne zur territorialen Neuordnung nach dem Krieg zu erfahren. In der Deklaration von Casablanca hatten die Alliierten im Januar 1943 festgelegt, dass sie weder Verhandlungen noch Konzessionen anstrebten. Ihr einziges Ziel war die Vernichtung des Faschismus, ein Kriegsende konnte für sie nur durch bedingungslose Kapitulation erfolgen.<sup>216</sup>

Ungarn entsandte westlich orientierte Diplomaten in die Hauptstädte der neutralen Länder, die möglichst viele Informationen sammeln sollten. Großbritannien ging zunächst auf die Annäherungsversuche nicht ein, weil Ungarn Krieg gegen seine Verbündeten führte und daher nicht mit Schonung oder Sympathie rechnen konnte. Aber je öfter sich Ungarn auf diese Weise an britische Diplomaten wandte, umso weniger war London einer Kontaktaufnahme abgeneigt, wie die Stellungnahme des Staatssekretärs im Foreign Office, Cadogan, zeigt: »I begin to wonder [...] whether we are right in always turning down flat any approach from the satellite states. I suppose we are afraid of appearing to appease them. It seems to me that in the present critical phase for Germany, anything that we can do to make the satellite states more of an embarrassment to Germany would be all to the good [...].«<sup>217</sup> Der britische Außenminister war hiermit einverstanden, forderte jedoch, dass dies im Einvernehmen mit der amerikanischen und sowjetischen Regierung geschehen müsse. Am 24. Februar 1943 wurde in einer Konferenz beschlossen, die Haltung gegenüber Ungarn zu ändern: »In the case of Hungary, there would be advantage from the propaganda point of view as well as from that of policy in adopting a less negative attitude and, if a suitable opportunity arises, in regard also to Bulgaria.«<sup>218</sup> Das britische Außenministerium schlug Washington und Moskau vor, wegen der veränderten militärischen Situation und den Vermittlungsversuchen der deutschen Vasallenstaaten diesen gegenüber eine gemeinsame Position auszuarbeiten. Die Regierung Kállay ging jedoch davon aus, die bereits gewonnenen Gebiete behalten zu dürfen und weitere dazu zu gewinnen, um eine Art Vormachtstellung im Donaauraum einzunehmen. Diese Fehleinschätzung verhinderte eine Einigung mit den Alliierten.<sup>219</sup>

Ungarn versuchte aber auch innerhalb der Achse aktiver aufzutreten. Kállay wollte bei seinem Besuch in Rom vom 1. bis 3. April 1943 den Duce für seine Politik gewinnen. Italien und Ungarn sollten ein Gegengewicht zu den von Deutschland unterstützten Ländern Rumänien, Slowakei und Kroatien bilden; dafür schlug der ungarische Ministerpräsident den Ab-

---

<sup>216</sup> Ránki 14.

<sup>217</sup> Barker 206.

<sup>218</sup> Ebenda.

<sup>219</sup> Ránki 74-75.



schluss eines Sonderfriedens vor.<sup>220</sup> Mussolinis Antwort war eindeutig: »We cannot even think of a separate peace. Firstly, because honor would not allow it. Secondly, because Italy would achieve nothing by it. Her position would not improve; her prospects would not become more favorable. She would become a battlefield. The Germans too, would become her enemies, and the country would suffer terrible destruction. In any event, the Allies' insistence on unconditional surrender excludes the possibility of such a step. Thirdly, nobody has been able to show me that getting out of the war is a practicable possibility.«<sup>221</sup> Mit italienischer Unterstützung konnte also nicht gerechnet werden, und diese Bemühungen blieben auch der deutschen Regierung nicht verborgen.

#### *Deutsche Kritik an der ungarischen Politik – Das Treffen von Klessheim*

Deutschland registrierte sowohl die ungarischen Friedensbemühungen als auch Äußerungen von Budapester Regierungsmitgliedern, die eine Distanzierung von Deutschland erkennen ließen. Kállay selbst erklärte am 19. Februar 1943 vor dem Auswärtigen Ausschuss, dass für Ungarn lediglich der Krieg gegen die Sowjetunion von Bedeutung wäre, während man gegenüber den westlichen Alliierten keine Feindschaft hege. Des Weiteren betonte der Ministerpräsident, dass seine Regierung mit der Beteiligung am Feldzug von 1942 nichts zu tun gehabt habe.<sup>222</sup> Der deutsche Gesandte in Budapest teilte auch in einem Bericht an das Auswärtige Amt am 3. April 1943 mit: »Die hiesige politische Lage wird immer unerfreulicher. Trotz Zusage glaube ich nicht an die Aufgabe der Fühlungnahme mit der Türkei. [...] Von dem Krieg gegen England und Amerika distanziert man sich in auffälliger und von der Welt nicht zu übersehender Weise. [...] Bei einem etwaigen Besuch des Herrn Reichsverwesers beim Führer sollte erreicht werden, dass eine stärkere Zusammenfassung der nationalen Kräfte herbeigeführt wird, vor allem durch die Heranziehung der Imrédy-Partei (Pfeilkreuzler kommen bei der Einstellung des Reichsverwesers nicht in Frage). Unter Kállay dürfte dies nicht zu erreichen sein. [...] würde die Bildung eines Konzentrationskabinetts unter Werth vielleicht erreichbar sein. [...] Eine solche Lösung würde zur Folge haben, dass durch die einbezogenen nationalen Kräfte, vor allem der Imrédy-Partei, Ungarns gesamte Kriegsanstrengungen aktiviert, jüdische, rein kapitalistische, liberale und sozialdemokratische Interessen ausgeschaltet oder zumindest zurückgedrängt werden und alle nationalen Elemente des Landes sich gestärkt fühlen.«<sup>223</sup>

---

<sup>220</sup> Kállay 149-154.

<sup>221</sup> Ebenda, 157-158.

<sup>222</sup> AHHM 89.

<sup>223</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Budapest, 3. April 1943. In: ADAP E, V, 525-526, Nr. 276.

Hitler empfing Horthy am 16./17. April 1943 auf Schloss Klessheim bei Salzburg, »um im Zusammenhang mit den Besprechungen, die er selbst mit dem Duce geführt habe [7. bis 10. April 1943, J. M. Z.], gewisse Probleme mit ihm zu erörtern, die nicht nur die gemeinsame Kriegführung betreffen, sondern entscheidend für Sein oder Nichtsein der europäischen Völker seien.«<sup>224</sup> Hitler, der wegen der vorangegangenen Treffen mit Mussolini und Antonescu bereits gereizt war, warf Horthy eine defätistische Politik vor, weil er es dulde, dass ungarische Diplomaten und Regierungsvertreter Kontakte zu Alliierten knüpften. Die deutsche Führung wusste von den ungarisch-britisch-amerikanischen Treffen in Istanbul sowie den ungarisch-britischen in Bern. Auch die englische Absicht, die Bildung eines südosteuropäischen Blockes unter türkischer Führung zu unterstützen, kannte die deutsche Regierung.<sup>225</sup> Hitler forderte Horthy nachdrücklich auf, sich von Kállay zu trennen, doch dieser bestritt die Vorwürfe: »Ich lehnte es energisch ab, mich von Kállay zu trennen, und verbat mir eine Einmischung in meine politische Amtsführung. Jeder Ministerpräsident und erst recht ein Staatsoberhaupt müsse die Freiheit haben, sich mit allen verfügbaren Mitteln auch über die Lage und Auffassungen der Gegenseite zu informieren.«<sup>226</sup> Anders als der rumänische Staatsführer weigerte sich Horthy, weitere Truppen an die Ostfront zu entsenden. Auch in der Judenpolitik war er nicht bereit, den antisemitischen Weg des nationalsozialistischen Deutschlands mitzugehen. Er fügte jedoch hinzu, dass Ungarn das erste Land war, das sich öffentlich zum Antisemitismus bekannt und zahlreiche antijüdische Maßnahmen ergriffen habe.<sup>227</sup> Am Ende der Unterredung bekräftigte Horthy, dass – solange er am Leben sei – Ungarn ein treuer Bundesgenosse bleibe.<sup>228</sup> Trotzdem kühlten die deutsch-ungarischen Beziehungen merklich ab. »Wir schieden ohne eine Spur von Herzlichkeit und ohne dass ein gemeinsames Kommuniqué vereinbart worden wäre; es erschien in Berlin und Budapest in unterschiedlichen Fassungen.«<sup>229</sup>

Während der Besprechungen in Klessheim sammelte der Wirtschaftsfachmann Edmund Veessenmayer im Auftrag des deutschen Außenministers Informationen in Budapest über die politische Tätigkeit des ungarischen Ministerpräsidenten. Seine Ergebnisse fasste er am 30. April 1943 in einem Bericht zusammen. Darin kam er zum Schluss, dass Kállay sowie jene Minister, die an einem Ausscheiden Ungarns aus dem Krieg interessiert seien, schnellstens entfernt werden müssten. Imrédy oder Bárdossy sollten eine neue Regierung bilden, die Pfeilkreuzlerbewegung Szálasis sei dafür zu schwach. Die in Ungarn lebenden Juden seien einer Sofortmaß-

---

<sup>224</sup> Hillgruber: Staatsmänner, II, 234, Nr. 31.

<sup>225</sup> Ebenda, 241-244.

<sup>226</sup> Horthy 254.

<sup>227</sup> Hillgruber: Staatsmänner, II, 245, Nr. 31.

<sup>228</sup> Ebenda, 262-263, Nr. 33.

<sup>229</sup> Horthy 255.

nahme zu unterziehen.<sup>230</sup> Ribbentrop wies den deutschen Gesandten am 3. Mai 1943 an, bis zur vollständigen Klärung der politischen Lage in Ungarn jeglichen Kontakt mit Kállay zu vermeiden.<sup>231</sup>

### *Verstärkte Friedensbemühungen Ungarns*

Horthy und seine Vertrauten hofften noch 1943, dass nach einer deutschen Niederlage britische oder amerikanische Truppen Ungarn und Südosteuropa besetzen würden. Aufgrund einer Äußerung Churchills gegenüber dem türkischen Staatspräsidenten im Februar 1943 gingen sie davon aus, dass die Westalliierten auf dem Balkan die zweite Front eröffnen würden, um ihn dem angelsächsischen Einflussbereich hinzuzufügen. Um den sowjetischen Einfluss einzudämmen, dachte man an die Errichtung eines Schutzgürtels unter Einbeziehung der Türkei sowie Griechenlands, Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens und Ungarns.<sup>232</sup> Deshalb glaubten die ungarischen Politiker, ihre Macht nach geringfügiger Demokratisierung des Systems beibehalten zu können. Kállay distanzierte sich Ende Mai 1943 in einer Rede vom Krieg, mit der Begründung, dass seine Regierung nichts mit den Kriegserklärungen zu tun hatte. Allerdings wies er gegen das Dritte Reich gerichtete Aktionen durch Ungarn strikt zurück, da diese erst mit der Ankunft britischer Truppen an der ungarischen Grenze Erfolg versprechen könnten.<sup>233</sup>

Am 9. Juli 1943 landeten die alliierten Truppen auf Sizilien und bereiteten Landungsunternehmen entlang der italienischen Küste vor. Hitler traf mit Mussolini am 19. Juli 1943 in Feltre zusammen, um die ungünstige militärische Lage zu analysieren. Dabei vertrat er die Auffassung, dass Sizilien mit allen Mitteln zu verteidigen sei; sollten die Italiener nicht alle Konsequenzen mittragen, so bliebe nur die Aufgabe Siziliens und ganz Süditaliens.<sup>234</sup> Mussolini sprach am 24. Juli 1943 mit dem Großfaschistischen Rat über dieses Treffen und die Optionen. Im Rat wandte sich die Stimmung gegen ihn, so dass er am 25. Juli 1943 zurücktrat und inhaftiert wurde. Marschall Pietro Badoglio bildete eine neue Regierung, die den Kampf an der Seite Deutschlands zunächst fortsetzen wollte.<sup>235</sup>

Ebenfalls am 24. Juli 1943 gab Kállay das Amt des Außenministers, das er mit bekleidet hatte, an Jenő von Ghyczy ab, denn Horthy wollte ihn vor

---

<sup>230</sup> AHHM 89-90.

<sup>231</sup> ADAP E, VI, 26-27, Nr. 8.

<sup>232</sup> AHHM 90.

<sup>233</sup> *Ránki* 24-25.

<sup>234</sup> *Hillgruber: Staatsmänner*, II, 296-298, Nr. 37.

<sup>235</sup> Deutscher Botschafter – Auswärtiges Amt. Rom, 25. Juli 1943. In: ADAP E, VI, 297-298, Nr. 172.

den verbalen Attacken aus Deutschland schützen.<sup>236</sup> Der deutsche Gesandte in Budapest brachte in seinem am selben Tag verfassten und nach Berlin übermittelten Bericht zum Ausdruck, dass das Treffen von Klessheim positive Auswirkungen zeitigen werde: »Ungarn habe den Kampf gegen die europafeindliche Kraft des Bolschewismus im Sinne seiner eigenen Sendung aufgenommen und es ist bereit, offen und aufrecht die Folgen dieser prinzipiellen Entscheidung zu tragen. Darum ist jede Auslegung der ungarischen Politik, die ihre kleinmütige Charakterlosigkeit unterschieben möchte, falsch. Der ungarische Weg ist heute derselbe, der es immer war. Der Weg der Treue zu sich selbst.«<sup>237</sup>

Mussolinis Sturz sowie die Niederlagen auf Sizilien und bei Kursk übten eine nachhaltige Wirkung auf die ungarische politische Öffentlichkeit aus. Diese glaubte – mit Ausnahme der Generalstabsoffiziere und der rechtsextremen Vertreter – fest daran, dass die Alliierten die Entscheidung in Italien beziehungsweise auf dem Balkan erzwingen und vor den Sowjettruppen im Donauraum eintreffen würden. So überreichte der Universitätsprofessor Dr. Ferenc Vályi den englischen und amerikanischen Gesandten in der Türkei den Vorschlag zum Abschluss eines vorläufigen Waffenstillstandes. Die ungarische Regierung erklärte darin ihre Bereitschaft, nicht gegen die englischen und amerikanischen Truppen zu kämpfen und erbat Vorschläge über praktische Maßnahmen zur Verwirklichung des Angebotes.<sup>238</sup> Am 17. August 1943 reiste der Mitarbeiter der Presseabteilung des Außenministeriums, László Veres, im Auftrag des Ministerpräsidenten nach Istanbul, wo er dem englischen Diplomaten Sterndale Bennett folgende Botschaft der ungarischen Regierung übergab: »[...] of Hungary's readiness to surrender to the Allies on the basis of the formula already communicated in the previous March (amounting, roughly, to unconditional surrender), which surrender could, however, only come into effect if Anglo-American troops reached the frontiers of Hungary.«<sup>239</sup> Der britische Botschafter Sir Hugh Knatchbull-Hugesson informierte Veres am 9. September 1943, dass die Alliierten von der Kapitulationsbereitschaft Kenntnis genommen haben und von Ungarn folgendes fordern:<sup>240</sup>

- Geheimhaltung der ungarischen Kapitulation; Bekanntgabe erst zu einem späteren Zeitpunkt;
- Reduzierung der militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland; Rückzug der ungarischen Truppen aus der Sowjetunion; Überfliegen des Hoheitsgebietes durch alliierte Luftstreitkräfte;

---

<sup>236</sup> *Horthy* 257.

<sup>237</sup> ADAP E, VI, 296, Nr. 171.

<sup>238</sup> AHHM 91.

<sup>239</sup> *Kállay* 373.

<sup>240</sup> AHHM 357-358, Nr. 121.

- Widerstand gegen eine eventuelle deutsche Besetzung; deshalb Umgruppierung der ungarischen Armeeführung;
- gesamtes ungarisches Kräftepotential soll unzerstört den Alliierten übergeben werden; gemeinsamer Kampf gegen das Dritte Reich;
- alliierte Militärmission soll ungarische Kapitulation vorbereiten;
- feste Funkverbindung zwischen Ungarn und den Alliierten;
- formeller Waffenstillstand, wenn alliierte Truppen die Landesgrenzen erreichen.

Während man die alliierten Flugzeuge unbehelligt den ungarischen Luftraum passieren ließ und eine gemeinsame Funkverbindung einrichtete, konnte sich die Regierung nicht zur Umbildung der Armeeführung durchringen. Den Rückzug der Truppen von der Ostfront erreichten trotz diverser Besprechungen mit deutschen Vertretern weder der neue Kriegsminister Csataj noch Generalstabschef Szombathelyi.<sup>241</sup> Bis zur Teheraner Konferenz bedrängten die Alliierten Ungarn, der Entsendung einer Militärmission zuzustimmen. Da jedoch der alliierte Plan für eine Landung in Südosteuropa nach Teheran aufgegeben wurde, und Sowjettruppen immer schneller nach Westen vorrückten, forderte nun Ungarn die Entsendung einer Militärmission.<sup>242</sup>

Die ungarischen Friedensbemühungen wurden durch die Ereignisse in Italien Anfang September gedämpft. Der italienische Widerstand wurde durch die alliierte Landung bei Reggio sowie die Luftangriffe auf Industrieanlagen und Städte gebrochen. Am 8. September 1943 übermittelte Marschall Badoglio über die diplomatischen Missionen in Berlin, Tokio, Budapest, Bukarest, Sofia, Zagreb und Preßburg (*Pozsony, Bratislava*) seine Absichten, die folgendes an Hitler gerichtete Dokument verdeutlicht: »Nell'assumere il Governo d'Italia al momento della crisi provocata dalla caduta del Regime fascista, la mia prima decisione e il conseguente primo appello che io rivolsi al popolo italiano fu di continuare la guerra per difendere il territorio italiano dall'imminente pericolo di una invasione nemica. [...] Malgrado ogni nostro sforzo ora le nostre difese sono crollate. La marcia del nemico non ha potuto essere arrestata. L'invasione è in atto. L'Italia non ha più forza di resistenza. [...] In queste condizioni il Governo Italiano non può assumersi più oltre la responsabilità di continuare la guerra, che è già costata all'Italia oltre alla perdita del suo impero coloniale, la distruzione delle sue città, l'annientamento delle sue industrie, della sua marina mercantile, della sua rete ferroviaria, e finalmente l'invasione del proprio territorio. Non si può esigere da un popolo di continuare a combattere quando qualsiasi legittima speranza, non dico di vittoria, ma financo di difesa si è esaurita. L'Italia, ad evitare la sua totale rovina, è per-

---

<sup>241</sup> Hillgruber: Deutschland, 675.

<sup>242</sup> AHHM 93.

tanto obbligata a rivolgere al nemico una richiesta di armistizio.«<sup>243</sup> Diese führte zur deutschen Besetzung Norditaliens und Roms, der Befreiung Mussolinis und der Errichtung eines faschistischen Gegenstaats, der Italien im Krieg hielt.<sup>244</sup> Infolge des stärkeren deutschen Widerstands verlangsamte sich der alliierte Vorstoß nach Norden, was ebensowenig in Kállays Konzept passte wie die in Teheran beschlossene Invasion in Westeuropa. Südosteuropa lag nun im Einflussbereich der Sowjetunion, deren Truppen sich im Winter 1943/1944 der ungarischen Grenze näherten, während Budapest weiterhin nur mit den Westalliierten verhandelte. Deutschland blieben die ungarischen Bemühungen nicht verborgen. Um den Rückzug der ungarischen Truppen von der Ostfront zu verhindern, drohte Berlin mit dem Verlust der territorialen Gewinne: »Für uns bedeutet Ungarns Ausscheiden aus der Kampffront Ungarns Verzicht auf territoriale Aspirationen, somit praktische Wiederherstellung von Trianon-Ungarn. Wir würden daher entsprechende Konsequenzen ziehen und die durch deutsche Entscheidungen oder deutsche Truppen Ungarn seit 1938 zugesprochenen oder erkämpften Gebiete aus Sicherheitsgründen besetzen und in unsere Verwaltung übernehmen.«<sup>245</sup>

Im Dezember 1943 erstellte Veessenmayer einen Lagebericht über Ungarn, in dem er folgende Handlungsoptionen anführte: Schwächung der Moral der ungarischen Regierung durch die deutsche Presse; ständige Kritik in der Judenfrage; Truppenzusammenziehungen entlang der ungarischen Grenze; Politik der starken Hand gegenüber Horthy; Forderung nach Ablösung der Regierung ohne nähere Begründung; Aufteilung des Landes in fünf Bezirke; Entsendung eines politischen Beauftragten nach Budapest und eines Militärberaters an Horthys Seite.<sup>246</sup> Damit war bereits Ende 1943 die Besetzung Ungarns eine reelle Gefahr, denn die deutsche Reaktion gegenüber Italien hatte gezeigt, dass schwankende Verbündete mit allen Mitteln im Krieg gehalten werden sollten. Die ungarischen Annäherungsversuche an die Westmächte brachten bis Ende 1943 keinen Erfolg, und das Zaudern bei der Umbildung der Armeeführung trug schließlich dazu bei, dass sich die alliierte Haltung gegenüber Ungarn nicht änderte. Ungarn rückte sowohl für Deutschland als auch die Sowjetunion ins Zentrum militärpolitischer Entscheidungen, so dass sich das Ende der ungarischen Schaukelpolitik abzeichnete. Das Jahr 1944 brachte mit der Besetzung Ungarns durch die deutsche Wehrmacht im März die Entscheidung.

---

<sup>243</sup> DDI X, 930-931, Nr. 773.

<sup>244</sup> Erst nach wiederholten Aufforderungen Berlins erkannte Budapest – als letzter Verbündeter des Dritten Reiches – die Marionettenregierung am 29. September 1943 an (*Ránki* 71).

<sup>245</sup> Deutscher Gesandter – Auswärtiges Amt. Budapest, 17. September 1943. In: ADAP E, VI, 548, Nr. 322.

<sup>246</sup> AHHM 93-94.

### Zusammenfassung

Die Revision des Friedensvertrages von Trianon hatte für die ungarische Außenpolitik bis zur sowjetischen Besetzung absolute Priorität. Ohne ihn können die Handlungen der ungarischen Politiker gegenüber dem Dritten Reich, die Angst vor der Sowjetunion sowie die verborgenen, bisweilen auch offenen Sympathien gegenüber dem Nationalsozialismus nicht erklärt werden. Ungarn und Deutschland waren in den Augen Budapests eine Schicksalsgemeinschaft, welche die Diktate von Versailles und Trianon ablehnte. Nach Hitlers Machtübernahme sah Ungarn die Möglichkeit, verlorene Territorien zurückzugewinnen, was bis April 1941 zwar gelang, aber auch einen hohen Preis forderte. Das zweite Hauptanliegen – die Unabhängigkeit gegenüber Deutschland – konnte anfänglich gewahrt werden, da Ungarn bis 1941 noch eine vom Dritten Reich relativ freie und unabhängige Außenpolitik betrieb. Mit der Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien und die Sowjetunion sowie dem Beitritt zum Dreimächtepakt unterordnete sich Ungarn jedoch dem Dritten Reich und gab seine außenpolitische Unabhängigkeit auf. Auch der Kriegszustand mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten, gegen die Ungarn keine feindlichen Absichten hegte, war ein Ergebnis der Verpflichtung gegenüber dem Dritten Reich. Aufgrund seiner geostrategischen Lage hatte Ungarn keine Alternativen, da es größtenteils von Staaten umgeben war, die von den Pariser Vorortverträgen 1919/1920 profitiert hatten. Gegenüber Rumänien musste sich Ungarn profilieren, um Berlin für seine Revisionsziele zu gewinnen. Gleichwohl ist bis März 1944 von einer weitgehenden innenpolitischen Souveränität Ungarns zu sprechen, die sich vor allem im Verhalten gegenüber den ungarischen Juden zeigte; Horthy verweigerte sogar nach der deutschen Besetzung ihre Deportation.<sup>247</sup> Erst nach der Machtergreifung durch die Pfeilkreuzler im Oktober 1944 wurde Ungarn ein Satellitenstaat.

### Bibliographie

#### Quellen

ADAP = *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serien D, E (1937-1945)*. II, IV-XIII. Baden-Baden 1951-1970.

AHHM = *Allianz Hitler – Horthy – Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933-1944)*. Einleitende Studie und Vorbereitung der Akten zum Druck von

Magda Ádám, Gyula Juhász, Lajos Kerekes. Red. Lajos Kerekes. Budapest 1966.  
*Ciano Galeazzo: Tagebücher 1939-1943*. Bern <sup>2</sup>1947.

---

<sup>247</sup> Ebenda, 98-99.

- DBFP = *Documents on British Foreign Policy 1919-1939. Third Series. IV, VI, VII.* Ed. Ernest Llewellyn Woodward, Rohan Butler. London 1951-1954.
- DDI = *Documenti Diplomatici Italiani 1939-1943.* Nona Serie. III, X. Roma 1954-1965.
- DIMK = *Diplomáciai iratok Magyarország külpolitikájához 1936-1945. IV, V.* Hg. Gyula Juhász. Budapest 1962, 1982.
- FRUS = *Foreign Relations of the United States 1939.* I. Hg. U. S. Department of State. Washington 1956.
- Generaloberst Halder: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942. I-III.* Hg. Hans-Adolf Jacobsen. Stuttgart 1962-1964.
- Hassell Ulrich von: Die Hassell-Tagebücher 1938-1944. Aufzeichnungen vom anderem Deutschland.* Hg. Friedrich Hiller von Gaertringen. Berlin 1988.
- Henderson Neville: Fehlschlag einer Mission.* Berlin 1937-1939. Zürich 1944.
- Hennyey Gustav: Ungarns Schicksal zwischen West und Ost. Lebenserinnerungen.* Mainz 1975.
- Hillgruber Andreas: Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes. I: 1939-1941; II: 1942-1944.* Frankfurt am Main 1967, 1970.
- Horthy Nikolaus von: Ein Leben für Ungarn.* Bonn 1953.
- Hubatsch Walther: Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht.* Koblenz <sup>2</sup>1983.
- Hull Cordell: Memoirs. I-II.* New York 1948.
- Kállay Nicholas: Hungarian Premier. A Personal Account of a Nation's Struggle in the Second World War.* New York 1954.
- Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940-1945.* Geführt von Percy Ernst Schramm [u. a.] im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung. I-IV. Frankfurt am Main 1961-1965.
- Montgomery John F.: Hungary. The Unwilling Satellite.* New York 1947.

### Literatur

- Barker Elisabeth: British Policy in South-East Europe in the Second World War.* Bristol 1976.
- Bethlen István Count: Hungarian Politics during the World War Two. Treatise and Indictment.* Ed. Ilona Bolza. München 1985.
- Borsányi Julián: Das Rätsel des Bombenangriffs auf Kaschau 26. Juni 1941. Wie wurde Ungarn in den Zweiten Weltkrieg hineingerissen? Ein dokumentarischer Bericht.* München 1978.
- Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden. XVI.* Wiesbaden <sup>17</sup>1966-1974.
- Broszat Martin: Das deutsch-ungarische Verhältnis und die ungarische Judenpolitik 1938-1941.* In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte 1958, 183-199.
- Christof Friedrich: Befriedung im Donauraum. Der Zweite Wiener Schiedsspruch und die deutsch-ungarischen Beziehungen 1939-1942.* Frankfurt am Main [u. a.] 1998.
- Czettler Anton: Ungarns Weg zum ersten Wiener Schiedsspruch. Die ungarische Außenpolitik während und nach der Sudetenkrise 1938.* In: Ungarn-Jahrbuch 16 (1988) 82-156.



- Czettler Anton*: Ungarn zwischen Polen und der Achse. Die ungarisch-polnischen diplomatischen Beziehungen 1938/1939 und Józef Becks „Drittes Europa“. In: Ungarn-Jahrbuch 18 (1990) 129-168.
- Czettler Anton*: Pál Graf Teleki und die Außenpolitik Ungarns 1939-1941. München 1996.
- Deak Andreja*: Razzia in Novisad und andere Geschehnisse während des Zweiten Weltkriegs in Ungarn und Jugoslawien. Zürich 1967.
- Door Rochus*: Die Politik des faschistischen Deutschlands gegenüber Ungarn 1943/1944. Leipzig 1967 [Dissertation].
- Fabry Philipp W.*: Balkan-Wirren 1940-1941. Darmstadt 1966.
- Fenyó Mario D.*: Hitler, Horthy and Hungary. German-Hungarian Relations 1941-1944. New Haven 1972.
- Gosztony Peter*: Hitlers fremde Heere. Das Schicksal der nichtdeutschen Armeen im Ostfeldzug. Düsseldorf/Wien 1976.
- Gosztony Peter*: Hungary's Army in the Second World War. In: Hungarian History – World History. Ed. György Ránki. Budapest 1984, 221-288.
- Hillgruber Andreas*: Deutschland und Ungarn 1933-1944. Ein Überblick über die politischen und militärischen Beziehungen im Rahmen der internationalen Politik. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 9 (1959) 651-676.
- Hillgruber Andreas*: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938-1944. Wiesbaden <sup>2</sup>1965.
- Hillgruber Andreas*: Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945. Frankfurt am Main/Berlin 1988.
- Hoensch Jörg K.*: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Tübingen 1967.
- Juhász Gyula*: Hungarian Foreign Policy 1919-1945. Budapest 1979.
- Kerteszy Stephen D.*: Diplomacy in a Whirlpool. Hungary between Nazi Germany and Soviet Russia. Notre Dame/Indiana 1953.
- Lehmann Hans Georg*: Der Reichsverweser-Stellvertreter. Horthys gescheiterte Planung einer Dynastie. Mainz 1975.
- Lukacs John A.*: Der letzte europäische Krieg 1939-1941. München 1980.
- Macartney C.[arlile] A.[ylmer]*: October Fifteenth. A History of Modern Hungary. I-II. Edinburgh 1956, 1961.
- Nebelin Manfred*: Deutsche Ungarnpolitik 1939-1941. Opladen 1989.
- Nolte Ernst*: Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen. München <sup>6</sup>1977.
- Ránki György*: Unternehmen Margarethe. Die deutsche Besetzung Ungarns. Wien [u. a.] 1984.
- Tilkovszky Loránt*: Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik“ 1938-1945. Köln/Wien 1981.
- Wendt Bernd-Jürgen*: Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft. In: Der Führerstaat. Mythos und Realität. Hgg. Gerhard Hirschfeld, Lothar Kettenacker. Stuttgart 1981, 414-428.

